

»Ein kollektiver Erziehungsroman« – Österreichische Identitätspolitik und die Lehren der Geschichte¹

»Der Einzelne sucht [...], um dem traumatischen Kern in seinem Innersten zu entkommen, endlos nach einer Identifikationsmöglichkeit in der symbolischen Ordnung, die ihm einen Platz in der sozialen Struktur verschaffen könnte – also nach einem Versprechen von Identität.«

Renata Salecl²

In ihrer psychoanalytisch argumentierenden Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Prozessen der Identifizierung thematisiert Renata Salecl die phantasmatischen Wurzeln gesellschaftlicher Identitätsdiskurse und verweist auf ihre prinzipielle Unabschließbarkeit. Rituale und Narrative, die auf die Fixierung von Identität abzielen, antworten auf dieses Begehren des Individuums und spiegeln damit die Leerstelle, die sie doch zu füllen suchen. Ihr Objekt entgleitet solchen Diskursen gerade dort, wo sie es am sichersten zu halten behaupten. Die Geschichte der Durchsetzung eines Identifikationsangebotes »Österreich«, die in einer Reihe offizieller und offiziöser Selbstdarstellungen als Nation im Laufe des Jahres 2005 ihren einstweiligen Höhepunkt gefunden hat, kann dafür als Beispiel dienen. So wurden im patriotischen Gestus des »Gedankenjahres« rund um das 50jährige Jubiläum des Staatsvertrages und das 60jährige Jubiläum der Zweiten Republik umfassende Geltungsansprüche formuliert, die kaum ein Außerhalb zuließen, und doch schienen viele der Unternehmungen von einer irritierenden Unernsthaftigkeit gekennzeichnet. Symptomatisch dafür kann die Rolle des ÖVP-Regierungschefs gesehen werden – in der Inszenierung nationaler Identität als Repräsentant der Souveränität des Gemeinwesens positioniert, war er doch zugleich nicht einmal in der Lage, gegen-

über dem Koalitionspartner in der Regierung die Bestimmungen des Staatsvertrages in allen Bundesländern durchzusetzen.³

Die auf den ersten Blick schwer erklärliche Ambivalenz zwischen den zugleich umfassenden und fragmentarischen Ansprüchen, die im Kontext des Republik- und Staatsvertragsjubiläums zutage trat, wirft die Frage nach tiefer reichenden Spaltungen und Widersprüchen im Selbstverständnis der Republik auf. Die Unfähigkeit der Regierung, gegenüber einer partikularen Identitätspolitik dem Rechtsstaat Geltung zu verschaffen, verweist auf das Gespenst des Deutschnationalismus, das in so vielen nationalisierenden Diskursen der Zweiten Republik zugleich evoziert und verleugnet wird. Es produzierte und produziert einen Lager übergreifenden patriotischen Konsens, der auch in vielen der inhaltlichen Aussagen des Gedankenjahres zu beobachten war – bis hin zum Begriff selbst, der, wie eine öffentliche Beanspruchung der Autor-schaft deutlich gemacht hat, keine Kreation aus Kreisen der Regierungsparteien war.⁴ Die patriotische Feier war großkoalitionär besetzt und stand damit in einer gut eingeübten Tradition quasi-sozialpartnerschaftlicher Verhandlung über die Herstellung gemeinsamer Vergangenheit, die auch in Zeiten der ÖVP- und SPÖ-Alleinregierungen und der kleinen Koalitionen immer wieder zu Tage getreten ist.⁵

Fragen, Zugänge

Die kritische Auseinandersetzung mit dem österreichischen Selbstverständnis hat spätestens seit Mitte der 1980er Jahre einen klaren Fokus in der Thematisierung der lange ausgeblendeten Kontinuitäten zum Nationalsozialismus. Die Abgrenzung von einem Geschichtsbild, in dem Österreich vor allem als erstes Opfer des Nationalsozialismus dargestellt und die Verstrickung großer Teile der österreichischen Bevölkerung in den Nationalsozialismus verdrängt wird, ist inzwischen zu einer breit anerkannten vergangenheitspolitischen Positionierung geworden. Umso überraschender und erklärungsbedürftiger ist es, wie affirmativ und wie wenig reflexiv der nationale Identitätsdiskurs im Kontext des Staatsvertrags- und Republikjubiläums 2005 zum Tragen kam. Dies gibt Anlass, nach Gründen für die Haltbarkeit mythisierender Narrative nationaler Identität zu fragen. Zwei Fragen sind in diesem Zusammenhang zu formulieren: zum einen jene nach Konstruktionsprinzipien und Formen der (historischen) Narrative der Identifizierung mit Österreich, zum anderen jene nach den Grenzen der kritischen Transformation der Geschichtsbilder und der Bezugnahmen auf Geschichte in den letzten beiden Jahrzehnten. Die erste der beiden Fragen lenkt die Aufmerksamkeit nicht zuletzt auf die Vorgängerunternehmungen der Jubiläumsveranstaltungen 2005, auf historische Beispiele, Traditionen, an die – mit mehr oder weniger großen Veränderungen – angeknüpft wurde. Unter-

suchungen zu den runden Jubiläen der Zweiten Republik und ihrer staatsrechtlichen Absicherung zeigen das hohe Engagement politischer Eliten bei der Herstellung und Durchsetzung verbindlicher Narrative über Österreich als Nation.⁶

Wenn im Folgenden einige Schlaglichter auf Manifestationen und Kontexte der nationalen Identifizierung in den 1960er und 1970er Jahren geworfen werden, so geschieht dies auch im Hinblick auf die (zweite) Frage nach den Grenzen der Transformation der 1980er Jahre: vor den als Krise bzw. Umbruch figurierenden Jahren der »Waldheim-Kontroverse«⁷ gelegen, sollten, so die Arbeitshypothese, solche Manifestationen das zur Geltung bringen, was dann in den Auseinandersetzungen um die NS-Vergangenheit des Präsidentschaftskandidaten Waldheim auf- und umbrach: das zugleich positive und unkritische Selbstverständnis als österreichische Nation. Sind mit diesem Umbruch tatsächlich auch jene Narrative und Kontinuitäten grundlegend revidiert worden, die in den Jahrzehnten zuvor im Hinblick auf das Ende des Zweiten Weltkrieges und den Abschluss des Staatsvertrages wie auch im Kontext der Millenniumsfeiern 1976⁸ formuliert worden sind?

Die hier präsentierten Überlegungen zielen auf die Konzeption möglicher Fragestellungen zu historischen Narrativen und Ritualen der Identifizierung mit Österreich.⁹ Motiviert ist die damit verbundene Quellenlektüre nicht zuletzt von Fragen wie diesen: Was hat es in den 1960er und 1970er Jahren auch für ProtagonistInnen eines kritischen Diskurses als so notwendig erscheinen lassen, an patriotische Narrative und nationale Identitätskonstruktionen anzuknüpfen? Was hat es so schwer gemacht, Alternativen zum Identitätsparadigma der Nation mehr ins Zentrum zu rücken? Warum schließlich wurde dem Deutschnationalismus eher ein forcierter Österreichnationalismus entgegengestellt, als dass die am Konzept der Nation orientierte Legitimation politischer Positionen in Frage gestellt wurde?

Paradigmatisch lässt sich dies am Beispiel einer Podiumsdiskussion zeigen, auf die ich in meiner Auseinandersetzung mit den Verwendungsformen des Konzeptes Nation in der Geschichte der Zweiten Republik gestoßen bin. Gemeinsam mit der österreichischen Lagergemeinschaft Auschwitz hat Anton Pelinka 1976 eine Veranstaltung unter dem Titel »Tausend Jahre Österreich – Österreicher im Tausendjährigen Reich« organisiert. Es ging dabei – am Vorabend des Nationalfeiertages – um die Markierung einer Gegenposition: »Da im Jahre 1976 das Bestehen Österreichs seit tausend Jahren gefeiert wurde und deutschnationale Kreise bemüht waren, diesen Feiern eine großdeutsche Tendenz zu geben«,¹⁰ wollte man den Beitrag der »Epoche von 1938 bis 1945 zur Nationswerdung Österreichs« zum Thema machen und beschwor die »Besinnung auf Österreich« in der Opposition gegen den Nationalsozialismus.¹¹

Die Diskussion kreiste um die Frage, wie das Österreichbewusstsein, wie der von den Eliten getragene nationale Konsens in der Bevölkerung zu stärken wäre und ob und inwiefern die Bezugnahme auf den Widerstand gegen den Nationalsozialismus

dabei hilfreich sein könnte. Auffällig sind die enormen Ansprüche, die in diesem Kontext an die historische und politikwissenschaftliche Forschung gestellt wurden: Wird doch da zum einen die Forschungsprogrammatik formuliert, dieses prekäre nationale Bewusstsein zu messen und zum anderen auch die Forderung erhoben, dieses Bewusstsein zu stärken, zu entwickeln. Nahe liegender Weise verbinden sich die wissenschaftliche und die politische Aufgabe in zirkulären Verweisen: Das – in Umfragen zu messende – Wachsen des Österreichbewusstseins dient als Argument für das eingeforderte Bekenntnis zu Österreich, und die Ergebnisse dieser politischen Kampagnen werden dann idealer Weise in Meinungsumfragen wieder gemessen. Die zeitgeschichtliche und politikwissenschaftliche Forschung scheint mir in diesem Spiel die doppelte Rolle des Schulmeisters einzunehmen, der das konsensuale Narrativ abwechselnd vorgab und abfragte und dabei zwischen wissenschaftlichen und politischen Argumentationsweisen hin und her wechselte. »Es geht um die Schaffung und Förderung eines politischen Bewusstseins und eines Österreich-Bewusstseins, das Veränderung [...] miteinschließt, das die Geschichte [...] als Prozeß des ständigen Wandels begreift.«¹² Die Erfolge waren messbar: »Dieser Gedanke der österreichischen Nation [...] ist grundsätzlich auch ein messbarer Faktor. Untersuchungen zeigen, daß der subjektive Faktor ›Bekenntnis zur österreichischen Nation [...]‹ im Wachsen begriffen [...] ist.«¹³

In angewandter Form lässt sich das Verfahren in Felix Kreisslers *Der Österreicher und seine Nation* nachlesen, das der Umfrage als Quelle der Zeitgeschichte einen wichtigen Stellenwert gibt.¹⁴ Die dort dokumentierten Fragen an Zeitzeugen ließen Antworten im Sinne der Affirmation der österreichischen Identitätskonstruktion erwarten. So zum Beispiel mit Bezug auf die Monate Februar/März 1938: »Entwickelte sich bei Ihnen und in Ihrer Umgebung der Sinn für die Gültigkeit der Unabhängigkeit Österreichs, für den Bestand einer österreichischen Nation?«, »Wie haben Sie die sieben dunklen Jahre (des Nationalsozialismus) erlebt?« oder: »Wie sehen Sie die österreichische Nation und ihre Entwicklung?«¹⁵ Gefragt wurden »Personen des öffentlichen Lebens« – »Politiker, Akademiker, Gewerkschafter, Widerstandskämpfer«, jene politischen Eliten also, von denen Pelinka 1976 festgehalten hatte, dass sie am ehesten jenen pragmatischen nationalen Konsens geschlossen hatten, den es der Bevölkerung erst zu vermitteln galt. Dass die Botschaft angekommen war, dokumentiert Kreissler 1984 in einem, wie ich finde, ungewöhnlichen Buchcover. Gezeigt wird ein Umfragekuchen als Erfolgsbeweis: Eine absolute Mehrheit votierte für »Österreich ist eine Nation.«¹⁶

Doch zurück zur Podiumsdiskussion 1976. Anton Pelinka formulierte dort noch eine weitere Aufgabe für die Forschung, wenn er auf den Mangel an justizieller Aufarbeitung der NS-Verbrechen und die Kontinuität von nationalsozialistischer Ideologie in der österreichischen Gesellschaft hinwies und daraus die Forderung an

die Forschung ableitete, die »Fluchtlinien des Nationalsozialismus zu untersuchen, aufzudecken, darüber aufzuklären und auf diese Weise zu bekämpfen.«¹⁷ Was hier konstatiert wird, ist ein Versagen von Politik und Justiz bei der Herstellung eines stabilen Selbstverständnisses der Gesellschaft wie bei der Klärung des Verhältnisses zur Vergangenheit. Daran knüpft sich eine Selbstbeauftragung der Wissenschaft, die Versäumnisse zentraler gesellschaftlicher Instanzen wettzumachen und dabei auch noch gute Forschung zu leisten – eine Haltung, die wie ich meine nur als Selbstüberforderung zu interpretieren ist.

Pelinka endete 1976 mit Pathos: »Gegen Antisemitismus, gegen Deutschnationalismus, gegen Abendländerei, gegen Rassismus und gegen Binnenbewußtsein: Dagegen muß sich demokratisches und österreichisches Bewußtsein wenden.«¹⁸ Nun ist gerade in der gegenwärtigen Situation eines zunehmend rassistischen öffentlichen Klimas, das von den Regierungsparteien ÖVP und BZÖ sowie von der FPÖ durch öffentliche Aussagen etwa zur »Integrationswilligkeit« und durch rassistische Wahlkampflogans massiv befördert wird, die kritische Analyse von Strategien der Essentialisierung kultureller Differenzen und der Ausgrenzung heute mindestens so wichtig wie in den 1970er Jahren. Die Rahmenbedingungen für eine politische Auseinandersetzung damit haben sich nicht zuletzt dadurch geändert, dass die traditionell das deutschnationale Milieu repräsentierenden Parteien FPÖ und BZÖ inzwischen in ihrer Rhetorik auf die österreichische Nation setzen.¹⁹ Die Verbindung zwischen antirassistischem Engagement und nationalem Bekenntnis, wie sie Mitte der 1970er Jahre offenbar nicht nur gangbar, sondern auch notwendig erschien, bedarf damit einer kritischen Reflexion, die auch die Refigurationen des phantasmatischen Verhältnisses von Selbst und Anderem zu interpretieren vermag. Das historische Beispiel der zitierten Podiumsdiskussion wirft aber auch Fragen nach dem Verhältnis von zeitgeschichtlicher (und politikwissenschaftlicher) Forschung und politischem Engagement auf. Gerade wenn es um einen Beitrag zur Selbstaufklärung einer Gesellschaft geht, gilt es, die Nähe zum Staatsauftrag, zur Popularisierung des Elitenkonsenses kritisch zu befragen und in einer selbstreflexiven Wendung nach den Grenzen der Kritikfähigkeit zu fragen, die damit auch gesteckt werden.²⁰

Ausgehend von Untersuchungen, die Konfigurationen und Reformulierungen der Geschichtsbilder rund um die Nicht/Thematisierung der Beteiligung von ÖsterreicherInnen am Nationalsozialismus analysieren, richtet sich mein Interesse auf spezifische Umgebungen dieser Verwerfung:²¹ auf die manifesten Inhalte jener Diskurse, die eine österreichische Nation zugleich beschreiben und herstellen.²² So hat etwa Katharina Wegan am Beispiel der Transformationen des Gedächtnisortes »Staatsvertrag«, der in einer Reihe von Reinszenierungen des Vertragsabschlusses historisiert wurde, die spezifische Funktionalisierung von »Geschichte« im Kontext der Darstellung und Herstellung von österreichischer Identität aufgezeigt.²³ An die von

ihr aufgeworfenen Fragen nach staatlich gelenkter Erinnerung und den mit Erinnerungsritualen verbundenen Formen des Vergessens soll hier angeknüpft werden. Dies erfordert nicht zuletzt die Verbindung jener Diskurse, die aus unterschiedlichen Perspektiven an einem Begriff der österreichischen Nation arbeiten²⁴ mit jenen, die das Vergessen des österreichischen Anteils am Nationalsozialismus thematisieren.²⁵

Zu untersuchen gilt es damit nicht nur die Leerstellen der Erinnerung, sondern auch die Struktur und die Inhalte der expliziten Aussagen zur österreichischen Nation in ihrer doppelten Funktion, die Kontinuität zum Nationalsozialismus zugleich zu durchbrechen und zu negieren. Wenn die Perspektive sich damit verstärkt darauf richtet, welche Narrative und Rituale eine österreichische Nation denn hergestellt haben und herstellen, so zielt eine solche Frage nicht zuletzt auch auf die Sichtbarmachung der Brüche und Differenzierungen innerhalb des Österreich-Dispositivs. Dessen innere Heterogenität zeigt sich in der Inanspruchnahme des Identifikationsbegriffes Österreich sowohl für ein antirassistisches Manifest als auch als rhetorisches Mittel rassistischer Ausgrenzung (»Österreich zuerst«). Wenn damit zwei einander diametral gegenüberstehende gesellschaftspolitische Positionen ihre Legitimation im gleichen national kodierten Bezugsrahmen Österreich suchen, dann gilt es die damit verbundenen Widersprüche sichtbar zu machen und zu analysieren.

Wenn im Folgenden dafür plädiert werden soll, den sich in den 1960er und 1970er Jahren ausfaltenden Österreich-Diskursen und den mit ihnen einhergehenden Institutionalisierungen (erneut) Aufmerksamkeit zuzuwenden, so gilt es, wie ich glaube, nicht nur nach den Brüchen zwischen den politischen Integrationsmilieus zu fragen, sondern auch nach den Bedingungen, die das nationale Konzept konsensfähig gemacht haben. Theoretisch angeknüpft wird dabei an eine Forschungsperspektive, wie sie etwa Rogers Brubaker formuliert hat, wenn er »nationhood« als »a way of perceiving, interpreting, and representing the social world« versteht und Nationen als »perspectives on the world« nicht aber als »things in the world« bezeichnet.²⁶ Es geht also darum, eine spezifische Wahrnehmungsweise, eine Form der Interpretation und Repräsentation der historisch-politischen Situation des Landes näher zu untersuchen, die sich zunehmend im Begriff der österreichischen Nation bündelte und spätestens mit der Einführung des Nationalfeiertages 1965 hegemoniale Geltung beanspruchte. Dies erst schafft die Möglichkeit, herauszufinden, welche Anteile dieser Wahrnehmungsweise sich bis in die Gegenwart erhalten haben.

Heidemarie Uhl diagnostiziert für die 1960er und 1970er Jahre eine »gesellschaftskritische Neuformulierung der Opferthese«, die sie mit einer gesellschaftlichen Aufbruchssituation, mit »Modernisierung« und »Demokratisierung« in Zusammenhang bringt. Sie nennt die »Festigung eines Österreichbewusstseins« als eine der Voraussetzungen der Änderung des Geschichtsbewusstseins.²⁷ Die Geschichtspolitiken, die damit in Verbindung stehen, analysiert Uhl vor allem im

Hinblick auf die Reorganisation der Darstellung des Nationalsozialismus. Weit weniger Aufmerksamkeit wendet sie der scheinbar naturhaften »Festigung« nationalen Bewusstseins und der von den politischen Eliten betriebenen Pädagogik der Nationalisierung zu. Die Einschätzung, dass einige der dabei propagierten Österreichnarrative – im Unterschied zur Opferthese – die Zäsur des Jahres 1986 weitgehend unbeschadet überstanden haben, treibt die im Folgenden aufgeworfenen Fragestellungen an.

Bei der Formulierung und Reformulierung von Narrativen zur österreichischen Identität spielte, so die These, der hier nachgegangen werden soll, eine von spezifischen Einschlüssen und Ausschlüssen gekennzeichnete Invokation von »Geschichte« eine zentrale Rolle. Siegfried Matzl hat mit Perspektive auf ein frühes Dokument staatlich initiiertes Nationalisierung – das für folgende Narrative stilbildende, vom Bundespressedienst herausgegebene *Österreichbuch* von Ernst Marboe – davon gesprochen, dass Geschichte darin nur »Beiwerk« sei.²⁸ Zweifellos ist der projektive Charakter des um Geschlechtermetaphern organisierten Textes unübersehbar und historische Genauigkeit ganz offensichtlich kein prioritäres Ziel des mehrfach aufgelegten und in offiziellen Kontexten verwendeten Buches. Gleichwohl spielt Geschichte im Sinne von Historizität darin eine Rolle. Sie ist Einsatz im Spiel der Identitäten und Existenzbeweis – nicht so sehr der differenzierende Streit um spezifische Geschichtsvarianten ist, wie ich glaube, mit diesem und einer Reihe weiterer Österrichtexte intendiert, sondern der Nachweis, dass es überhaupt eine Geschichte der österreichischen Nation zu erzählen gibt. Damit soll vorerst kein Ergebnis formuliert, sondern die Frage nach dem Status und der Funktion des Verweises auf »Geschichte« an ein spezifisches Quellenmaterial aufgeworfen werden. Von den Proklamationen und Narrativen wie sie im Kontext der doppelten Jubiläen von Wiederbegründung der Republik und Staatsvertrag in den 1960er und 1970er Jahren Geltung beanspruchten, sollen im Folgenden einige Eindrücke vermittelt werden.²⁹

Geschichte als Fundament und Menetekel

1965, zwanzig Jahre nach Kriegsende und Wiederbegründung der Republik und zehn Jahre nach Abschluss des Staatsvertrages stand das Ende jener historischen Koalition zwischen ÖVP und SPÖ noch bevor, welche die Formierungsphase der Zweiten Republik geprägt hatte. Die offizielle historische Perspektive war auf die Verknüpfung zweiter identitätsstiftender Narrative gerichtet, die mit den Metaphern Freiheitskampf und Aufbau charakterisiert werden können. Ein Aufruf der Bundesregierung verband die beiden Daten 27. April 1945 (Unabhängigkeitserklärung) und 15. Mai 1955 (Staatsvertrag) zu einem gemeinsamen Anlass für Feierlichkeiten, die

»Freiheitskampf« und »Aufbau« mit einem emphatischen Österreichbegriff verbanden. Gewürdigt wurden zum einen jene, »die für Österreich gekämpft und gelitten haben und für die Freiheit gestorben sind«, zum anderen wurde die gemeinsame Aufbauleistung gefeiert: »Wir alle, Männer und Frauen, haben Österreich durch unsere Arbeit neu gebaut.«³⁰ Der Beitrag zum wirtschaftlichen und politischen Aufbau konnte damit als Fortsetzung des national gedachten Freiheitskampfes gegen den (an keiner Stelle des Aufrufs explizit angesprochenen) Nationalsozialismus interpretiert werden. Auch in den miteinander verbundenen Bezügen auf eine (dem Habsburgerreich zugeschriebene) ordnende Rolle des Landes in der Region und auf die inneren Konflikte der Zwischenkriegszeit wird Geschichte zur Sinnstiftung eingesetzt. Österreich sollte »inmitten von Spannungen und Gefahren seinen alten Auftrag, zu vermitteln und auszugleichen, wieder erfüllen« – die beispielgebende Kompetenz dazu gab ihm nicht zuletzt, dass »(n)ach dem unheilvollen Gegeneinander der Vergangenheit« ein »fruchtbares Miteinander die Zweifel an der Lebensfähigkeit eines selbständigen Österreich überwunden«³¹ hatte. Handelte es sich dabei um eine sehr spezifische Begründung für die Neutralität, so wurde diese ebenfalls 1965 mit der Einigung auf den Nationalfeiertag am 26. Oktober (Erklärung der immerwährenden Neutralität) zu einem identitätsstiftenden nationalen Charakteristikum aufgewertet. Der Verweis auf den Topos Geschichte erfüllte dabei in einer zweifachen Bewegung eine integrierende Funktion: als national kodierte Aufbaugeschichte verband er GegnerInnen und AnhängerInnen des Nationalsozialismus,³² in der Kontrastierung historischer Exempla (Ordnungsmacht Habsburgerreich und Unversöhnlichkeit der politischen Lager in der Zwischenkriegszeit) legitimierte er die an Vermittlung und Konsens orientierte Politik der Gegenwart im Äußeren wie im Inneren.

1965 ist das Bekenntnis zur österreichischen Nation eine pathetische Forderung, die – auf »geschichtlichen Realitäten« fußend – keine Relativierung zulässt. So heißt es in einer Osteransprache von Leopold Figl, dem kurz darauf verstorbenen ehemaligen Bundeskanzler der ÖVP im April 1965:

Österreich und die österreichische Nation müssen für uns Realitäten sein und nicht Diskussionsgrundlagen, wie man gerade jetzt da und dort hört. Die Zeit des Hungerns und der Entbehrung war auch eine Zeit des Aufbruches einer jungen, vielgeprüften Nation zur demokratischen Selbstbesinnung und Zusammenarbeit. [...] Im Ringen um Österreich wurden 1945 und 1955 wichtige Schlachten geschlagen, doch der Kampf geht weiter, er geht so lange weiter, bis jede Frau, jeder Mann und jedes Kind in diesem Lande tief im Herzen von der historischen Aufgabe ihres Volkes überzeugt sind; bis jeder in diesem Staat sich stolz als Österreicher bekennt. Das gilt für den Universitätsprofessor genauso wie für den Arbeiter, Bauern und Unternehmer.³³

Geschichte ist bei Figl also zugleich Ausgangspunkt und Aufgabe, doch sie wird nicht erzählt, sondern als Metapher für einen umfassenden Geltungsanspruch eingesetzt: Sie duldet keinen Widerspruch und ist vollendet, wenn keiner mehr widerspricht. Wenn er mit symbolischen Daten und der Metaphorik der »Schlachten« an konventionelle Geschichtserzählungen anknüpft, so ist der »Kampf«, von dem er spricht, doch kein militärischer sondern ein ideologisches Unternehmen – er gilt den »Herzen« des Volkes, das als kleinfamiliale Triade adressiert wird.

Unmittelbar daran schließt Walter Jambor seitens des Österreichischen Nationalinstituts, das sich genau diesem pädagogischen Ansatz verschrieben hat,³⁴ an. Er verbindet mit dem 1965 eingeführten Nationalfeiertag³⁵ vor allem eine »Erziehungsaufgabe«, die Aufgabe, »die 1945 so spontan aufgebrochene Nationswerdung der Österreicher zu vollenden, die inferioren Geisteswissenschaften der österreichischen Hochschulen an die geschichtlichen Realitäten der Gegenwart heranzuführen und die Volksbildung in den Dienst jener [Figls, JG] Mission zu stellen«.³⁶ Ist mit dem Seitenhieb auf die österreichischen Hochschulen die Affäre um Taras Borodajkewycz angesprochen,³⁷ so fanden die außeruniversitären historisch-politischen Initiativen zur Schaffung eines österreichischen Nationalbewusstseins ihre Legitimation nicht zuletzt in der Situation an den universitären Geschichte-Instituten, wo die Tradition der Österreich im Kontext einer deutschen Nationalgeschichte positionierenden »gesamtdutschen Geschichtsauffassung« allenfalls verschwiegen, aber kaum verabschiedet war.³⁸ Mit der volksbildnerischen Mission ist zugleich ein Charakteristikum des Österreich-Diskurses der 1960er Jahre angesprochen: der offen pädagogische Impetus, der von einer Reihe von staatsnahen Institutionen realisiert wurde.³⁹ Der nationalisierende Diskurs des Staates wirkte nicht im Verborgenen, sondern explizit und prominent. Das historische Narrativ fungierte dabei als zentrales Vehikel der Botschaft von Sinn und Notwendigkeit des nationalen Konsenses.

Ein von der ÖVP getragenes historiographisches Unternehmen sollte dieses Programm unterstützen, der 1965 von Ludwig Reichhold herausgegebene Band *Zwanzig Jahre Zweite Republik. Österreich findet zu sich selbst*. Bundeskanzler Klaus gab in seiner einleitenden historischen Begründung des Werkes die religiöse Metaphorik vor, in der die Republikgeschichte in der Folge gesehen wurde: »Vor allem aber erleben wir im Jahre 1945 die Wiedergeburt des österreichischen Staates, die den hohen Sinn einer Wiedergeburt im Herzen des österreichischen Volkes hatte.«⁴⁰ Die »Herzen« des »Volkes« sind auch bei Klaus in performativer Rede adressiert und damit zugleich als dasjenige angesprochen, dessen es sich zu versichern gilt. Auffällig ist die zweifache Verwendung der naturalisierenden Metapher der Wiedergeburt. Deren religiöse Bedeutung macht zugleich sichtbar, worum es in dieser Rede ging. Der abgründige Moment des »Ins-Leben-Tretens«, in dem ein Davor fehlt, wird in dieser religiösen Vorstellung entschärft, indem er als bloße Wiederkehr gedacht wird. Geht

es damit um die Darstellung eines Beginns als Rückkehr, also darum, vom Neuen zu sagen, dass es (immer) schon da war, so erlaubte die Wiedergeburtmetapher wie keine andere, den Mangel einer Geschichte der nationalen Identifikation mit Österreich zugleich anzusprechen und zu verdecken.

Was in dem zitierten Band präsentiert wird, ist eine an den ›großen Männern‹ orientierte politische Geschichte seit 1945, welche die Erzählung vom Aufstieg aus eigener Kraft mit einem antikommunistischen Narrativ verbindet: So Johannes Eidlitz: »Es ging [...] in erster Linie darum, so rasch als möglich aus dem totalen Chaos, das der Rückzug und die Niederlage Hitler-Deutschlands hinterlassen mußte, zu entkommen und womöglich den Alliierten, in erster Linie natürlich den Sowjets, von Anfang an eine geschlossene Front der österreichischen Demokraten zu präsentieren, die imstande wäre, ihr Land selbst zu verwalten und zu regieren.«⁴¹ Während Figl mit der Rede von den »Schlachten« der Jahre 1945 und 1955 die Gegner unbenannt ließ, richtet sich hier die »Front« insbesondere gegen die Sowjets und spiegelt damit nicht zuletzt die Kontinuität einer Feindschaft, welche die Integration der ehemaligen Nationalsozialisten erleichterte. In der Zusammenfügung »österreichische Demokraten« hingegen spiegelt sich vor dem Hintergrund der auf die Zwischenkriegszeit verweisenden Wiedergeburtmetapher die große Koalition der ehemaligen antidemokratischen Ständestaatfunktionäre mit den in der Ersten Republik an der Anschlussforderung orientierten Sozialdemokraten – während die einen als geläuterte Demokraten wiedergekehrt waren, hatten sich die anderen zu überzeugten Österreichern entwickelt. Die den Alliierten gegenüberstehende »geschlossene Front österreichischer Demokraten« kann damit als eine integrative Formel der beiden großen politischen Integrationsmilieus unter Einschluss der ehemaligen NationalsozialistInnen interpretiert werden, welche die KommunistInnen, die schon in den 1930er Jahren das Konzept einer österreichischen Nation theoretisch fundiert hatten, über den Verweis auf die Sowjets als Gegner ausschloss.

Die SPÖ feierte das Jubiläum in einem eigenen, von Jacques Hannak herausgegebenen großformatigen Bildband: *Der Weg ins Heute. Zwanzig Jahre Zweite Republik*. Der Titel signalisierte die am Konzept des Fortschritts orientierte Zeitkonstruktion des Bandes: Nicht ein immer schon so da gewesenes »Selbst« der Nation, das es für die ÖVP zu finden galt, sondern die Gegenwart war das Ziel, von dem aus Österreich definiert wurde. Das Vorwort des während der Produktion des Bandes verstorbenen Bundespräsidenten Adolf Schärf thematisierte, was der Rest der ganz auf die Jahre 1945–1965 fokussierten Darstellung vermied: die Zwischenkriegszeit und die Jahre der NS-Herrschaft als die eigentlich erklärungsbedürftigen Perioden, die der »jungen Generation« verständlich gemacht werden sollten.⁴² Schärf sprach damit implizit an, was für SozialdemokratInnen nach 1945 zur problematischen Geschichte geworden war: dass sie vor 1938 den Anschluss an Deutschland und nicht die österreichische

Eigenstaatlichkeit vertreten hatten. An der Stelle der Rückbesinnung auf ein verklärtes ›Davor‹ stand daher in diesem Band der heroische Gründungsmythos, der mit dem Namen eines Mannes verbunden wurde: Karl Renner, dem »Baumeister der Republik«⁴³ – eine Adressierung, welche die Begründung der Ersten und der Zweiten Republik in eins setzte und damit ebenfalls am Wiedergeburtmythos partizipierte.

Über diese Differenz in der Zeitkonstruktion hinaus sind die Narrative der beiden Jubiläumsbände im mehreren Punkten erstaunlich ähnlich. Präsentiert wird in beiden Fällen eine Geschichte der großen Männer – hier Raab und Figl, da Renner und Schärf, deren Leistungen als Fundament des unaufhaltsamen Aufstiegs figurieren. Das sozialdemokratische Narrativ ist dabei ebenso antikommunistisch wie das der ÖVP: »Ebenso maßgebend für die Haltung des ganzen Volkes war die mutige Tatkraft Oskar Helmers in Niederösterreich und des Wiener Polizeipräsidenten Josef Holaubek, der 1947 dieses damals wahrhaft lebensgefährliche Amt übernommen und gemeinsam mit Helmer die Polizei aus einer kommunistischen Terrortruppe in ein verlässliches, republiktreues Instrument umzuwandeln begonnen hat.«⁴⁴ Die so konstituierte nationale Gemeinschaft schloss die KommunistInnen aus, bezog aber die ehemaligen NationalsozialistInnen im Rahmen der VdU ein: »Es war weitaus klüger«, heißt es bei Hannak, »eine solche Betätigung zu legalisieren und dadurch unter Kontrolle zu halten, als die Gefahr einer Untergrundbewegung heraufzubeschwören. Durch die verkehrte Nazipolitik der Alliierten waren lediglich die kleinen Mitläufer getroffen und die großen Nazi geschont worden.«⁴⁵ Die identitätspolitische Adressierung eines österreichischen »Volkes« war damit sowohl bei der ÖVP als auch bei der SPÖ in einem nicht zu unterschätzenden Ausmaß einerseits von einer Bewegung der Abgrenzung – gegenüber den Besatzungsmächten im Allgemeinen und von den Sowjets, als deren AgentInnen die österreichischen KommunistInnen diffamiert wurden, im Besonderen – und andererseits von der Integration der großen Gruppe der ehemaligen Nationalsozialisten getragen.⁴⁶

Die Konfliktgeschichte der Ersten Republik, welche die beiden Jubiläumsbände vermieden, sprach der sozialdemokratische Außenminister Kreisky anlässlich der Staatsvertragsfeiern 1965 in einer Rede an die »Jugend« an. Die nationale Pädagogik trat dabei in einer expliziten Metaphorik des Schulzimmers auf, in dem »aus der Geschichte gelernt« und eine »harte Lektion erteilt« wird. Wie prekär es war, sich dieser Geschichte kritisch analysierend zu nähern, wird an der umständlichen und pathetischen Legitimation des Verfahrens deutlich: »Die großen Völker – und darunter verstehe ich nicht nur die an Einwohnerzahl, an Bodenfläche oder wirtschaftlichen Ressourcen großen – sondern alle die Völker, die in der Geschichte Leistungen vollbracht haben, die über ihre eigenen Grenzen hinauswirkten, [...] haben sich mit ihrer Geschichte stets mit Nüchternheit und Wahrhaftigkeit und kritischem Geist auseinandergesetzt.«⁴⁷ Die Lehre aus der Geschichte, die Kreisky für

Österreich zog, war das Einbekenntnis, dass der mangelnde Glaube an den Kleinstaat Österreich – »da hat die eine Hälfte unseres Volkes getrauert um ein versunkenes Imperium und die andere geträumt vom Aufgehen in einem neuen Reich« – zu seinem Untergang beigetragen habe. Diesem Befund stellte er den Abschied von früheren Bindungen und Träumen gegenüber: »Eines ist heute klar für uns alle: Wir haben die Trauer um das große Österreich überwunden und sehen das alles in einem historischen Zusammenhang – und den Traum vom großdeutschen Reich, den haben wir ausgeträumt!«⁴⁸ Kreisky konstruierte damit eine Gemeinsamkeit der Schuld der beiden großen politischen Lager der Ersten Republik und vermied so die Opposition Demokraten versus Patrioten. Logisch folgte daraus das gemeinsame Lernen, weswegen er als »Lehrmeister für die Zukunft« und Gestalter einer »neue(n) österreichische(n) Idee« nicht nur Renner und Schärp, sondern auch Raab und Figl nannte.⁴⁹ Kreiskys unter Verweis auf die gebotene »Nüchternheit« formuliertes Bekenntnis zu Österreich, mit dem er nicht zuletzt seinen Anspruch formulierte, für Österreich zu sprechen, erschien damit weit weniger pathetisch als das mancher seiner Zeitgenossen – in seiner performativen Effektivität, ein offensives »Wir« der Lernenden an die Stelle der tabuisierten Gegensätze der Vergangenheit zu setzen, übertraf es sie weitaus. Nicht die emotionale Besetzung, die in Kreiskys Statement durchaus hoch war, sondern der strategische Einsatz der Bezugnahme auf Vergangenes hatte sich geändert: Geschichte als Menetekel, nicht als Fundament.

Solche neuen Formen, »Geschichte« in den Dienst der Identitätspolitik zu nehmen, gewannen nur langsam Einfluss. In den Reden zum Nationalfeiertag war die religiöse Metaphorik auch in den Folgejahren prominent. In wechselnden Besetzungen wurden (Vergangenheit evozierende) »Besinnung« und (Zukunft konstituierendes) »Bekenntnis« eingefordert, so zum Beispiel 1967 von Bundespräsident Franz Jonas: »Der österreichische Nationalfeiertag ist ein Tag des Bekenntnisses zur Republik Österreich. [...] Jeder Österreicher soll sich heute darauf besinnen, was er der Heimat verdankt [...] Sinn und Mahnung des heutigen Tages kann es nur sein, im Interesse unserer Heimat das Gemeinsame über alles Trennende zu stellen.«⁵⁰ Verwies die »Besinnung« dabei auf eine einzulösende Schuld, so transportierte der Begriff »Bekenntnis« eine doppelte Botschaft. Zum einen erinnerte er an den zivilgesellschaftlichen Rahmen des täglichen Plebiszits, das nach Ernest Renan erst die Nation herstellt, und grenzte damit ein österreichisches Nationsverständnis von Konzepten der Abstammungsnation ebenso ab wie von einem auf Sprache und Kultur referierenden Nationsbegriff.⁵¹ Mochte dies viele ältere ÖsterreicherInnen daran erinnern, dass nur wenige Jahrzehnte zuvor eine solche Abstimmung gegen Österreich ausgefallen war, so verwies »Bekenntnis« zum anderen auf religiöse Zugehörigkeit und die mit Religion verbundenen Absolutheitsansprüche, die keine Wahl zwischen mehreren Alternativen zuließ. Als säkulare Religion forderte der Nationalismus ein Opfer – im Kontext der

Herstellung einer österreichischen Nation bedeutete dies den Verzicht auf ältere Identifikationen. Das »Gemeinsame« sollte, wie an anderer Stelle formuliert worden war, nicht nur im »Vergessen alles Trennenden«,⁵² sondern auch im »Schlußstrich ohne Hintergedanken«⁵³ bestehen. Gräben in der Vergangenheit wurden angesprochen, aber nicht benannt. »Besinnung« und »Bekenntnis« implizierten zum einen die Einiung auf eine Löschung, in der das Gelöschte – die Konflikte der Ersten Republik – unausgesprochen präsent blieb. Zum anderen hielt der Modus der Unausgesprochenheit die Rede offen für die Einschreibung ganz unterschiedlicher zu vergessender Vergangenheiten. Vor jeder Erfindung einer Tradition steht die Gemeinsamkeit des Aktes des Vergessens, der jedoch gerade nicht impliziert, dass von allen das Gleiche vergessen werden muss. Nationalisierung erscheint in diesem Kontext als ein mögliches Ereignis des öffentlichen und privaten Lebens, das komplexe Identitäten aufhebt und durch einen Wahrnehmungen, Bewertungen, Gedanken und Gefühle transformierenden kategorialen Simplizismus zugeschriebener Nationalität ersetzt.⁵⁴

Sollten die differenten Positionierungen in der Vergangenheit vergessen werden, so wurde gerade die Geschichte bemüht, um die Notwendigkeit zur Gemeinsamkeit zu begründen. Josef Klaus formulierte dies 1969 als dreifache emotionale Bindung, die eine im pathetischen »Wir« adressierte Gemeinschaft der »Heutigen« aus dem Verhältnis zur Vergangenheit begründete: »Gerade wir Heutigen, die wir eine stürmische wildbewegte Zeit durchgemacht haben, wie sie vor uns nur wenigen Generationen auferlegt war, wir wissen, daß unser Land aus Diktatur, Fremdherrschaft, Krieg und Chaos nicht wieder auferstanden wäre, ohne [...] den Glauben an eine höhere Gerechtigkeit, ohne die Liebe zur Anständigkeit und Sauberkeit [...], ohne die Hoffnung auf Frieden und Fortschritt.«⁵⁵ Die Begriffe »Glaube«, »Liebe« und »Hoffnung«, welche die hier formulierten gesellschaftspolitischen Zielsetzungen (Gerechtigkeit, Frieden, Fortschritt) voranbringen sollten und sie doch auch zugleich relativierten, implizierten Vertrauen, aber auch das Fehlen von Gewissheiten. Der Bezug auf die christliche Tugendlehre ist im katholischen Österreich kaum überhörbar: »Nun aber bleiben Glaube, Liebe, Hoffnung diese drei, aber die Liebe ist die größte«, heißt es in dem in Predigten häufig zitierten Korintherbrief. Und so wurde nicht nur die irdische Rechtssprechung, die gerade in jenen Jahren gegenüber nationalsozialistischen Kriegsverbrechern so häufig scheiterte,⁵⁶ durch den Glauben an eine nicht weiter einzufordernde höhere Gerechtigkeit ersetzt, es wurden auch – ob bewusst oder unbewusst – die auf das Milieu der ehemaligen NationalsozialistInnen und ihre apologetischen Diskurse verweisenden Sekundärtugenden »Anständigkeit und Sauberkeit« über andere Werte gestellt.⁵⁷

1967 wurde der Nationalfeiertag erstmals als gesetzlicher Feiertag begangen.⁵⁸ In der Inszenierung des offiziellen Festaktes als Schauspiel kam der ambivalente Bezug zur Geschichte besonders deutlich zum Tragen. 1600 – wohl über Schulen und Orga-

nisationen versammelte – Jugendliche bildeten das Publikum, als am 26. Oktober 1967 im Salzburger Festspielhaus in Anwesenheit des Bundespräsidenten und der Bundesregierung eine zweistündige Vorführung mit Musik, Tanz und Spiel geboten wurde. Ernst Wolfram Marboe inszenierte die Festveranstaltung. Im Mittelpunkt der Darbietungen standen »Frau Zeit und ihre drei Töchter ›Vergangenheit, ›Gegenwart‹ und ›Zukunft‹. [...] Ihnen konfrontiert waren ein ›Herr Österreicher‹ und dessen Söhne.« Der ORF übertrug die Veranstaltung in voller Länge.⁵⁹ Wurde mit den allegorischen Verkörperungen von Zeitlichkeit darauf reagiert, dass der Anspruch auf nationale Identität an den Nachweis von Geschichte gebunden war, so verblieb das, was als Geschichte angeboten wurde, im Duktus der Mythenbildung. Die Geschlechteranordnung, in der weltliche und historische Orte dem männlichen Geschlecht zugewiesen waren, Allegorien hingegen weiblich auftraten, ebenso wie die mythisierende Verwendung der Zahl drei weisen auf das Genre der Märchen und Sagen, nicht auf Historie.

Die ›doppelte Zeit der Nation‹, in der die Widersprüche eines sich zugleich über Modernisierung und Tradition legitimierenden Projektes Nation zum Ausdruck kommen,⁶⁰ wurde im Fall dieses Schaustückes nicht nur auf der Ebene der Darstellung, sondern auch in der Inszenierung des Publikums – ›Jugend‹ verkörperte das ›Volk‹ in seiner Beziehung zu den Repräsentanten des Staates – in einer Generationenbeziehung dargestellt. Ein solcherart familiarisiertes Verhältnis zur Vergangenheit deckte gesellschaftlich-politische Konfliktlinien zu und tabuisierte Kontexte historischer Verantwortung; die österreichische Nation war damit, wie dies Figl gefordert hatte, der Diskussion – vorerst – entzogen. Schon ein Jahr später traten die Brüche deutlicher zutage. Die Irritation über die Studentenunruhen des Mai 1968 war in einer neuen Form der Wahrnehmung junger Menschen deutlich zu spüren. »Die Jugend« erhielt nun, wie der *Kurier* titelte, einen »Freibrief«, den Nationalfeiertag in »eigener Regie« zu inszenieren.⁶¹ Zur Verfügung stand die Wiener Stadthalle, Informationsstaatssekretär Karl Pisa beschrieb vorab das Programm: »die Jugend soll selbst ihren Standpunkt festlegen.« Allerdings stellte er sich schon vor, »dass die Diskussion in einer ›Entschließung‹ mündet«.⁶² Im hilflos wirkenden Gestus des Zugeständnisses wurden die autoritären Vorstellungen der politischen Elite damit allerdings erst recht sichtbar: Weder der Rahmen noch das Ziel der Veranstaltung standen zur Disposition, nur die Inszenierung wurde freigestellt.

Das Programm der Herstellung und Affirmation nationaler Identität blieb eines der Belehrung, auch wo es nicht (nur) an Jugendliche adressiert war. Anschaulich wird die über Parteigrenzen hinweg verbreitete pädagogische Haltung der politischen Elite in einem vom Österreichischen Nationalinstitut herausgegeben Band zum Anteil der österreichischen Bundesländer an der Nationswerdung Österreichs. Norbert Leser beschreibt dort die Bemühungen, die Bevölkerung zu nationalem Bewusstsein zu bringen:

Der Entwicklungsprozess zur Vollnation, die ihr eigenartiges historisches Schicksal bewußt bejaht, [...] bedarf [...] der orientierenden Nachhilfe und Vorleistung von seiten der offiziellen Träger des staatlichen und gemeinschaftlichen Lebens [...] Es ist [...] Aufgabe der durch Delegation institutionalisierten Autoritäten, das erhaltene Mandat im Sinne einer Rückwirkung auf das Bewußtsein der [...] Staatsbürger zu benützen und extensiv-pädagogisch zu interpretieren.⁶³

Geschichte als Referenzrahmen und Verhandlungsgegenstand

Der Gestus der Bezugnahme auf Österreich als Nation änderte sich Anfang der 1970er Jahre in einer auch für die ZeitgenossInnen spürbaren Art und Weise. Die mit Begriffen wie Versachlichung, gesellschaftliche Öffnung und Pluralismus charakterisierte Transformation ist in mehreren Kontexten zu situieren. Dies sind unter anderem: der Wechsel von der ÖVP- zur SPÖ-Alleinregierung, der Einfluss der in ganz Europa in den 1960er Jahren entstandenen neuen politischen und sozialen Bewegungen sowie der zunehmende Wohlstand, der sich in einem neuen, an Konsum orientierten Lebensstil ausdrückte.⁶⁴ Die insgesamt als Modernisierung wahrgenommenen gesellschaftlichen Veränderungen beeinflussten auch die weiterhin von den politischen Eliten betriebene Ausgestaltung des Identitätsparadigmas Österreich. Symptomatisch ist die neue formale Gestaltung des Nationalfeiertags u. a. als ein mit dem Begriff der »Fitness« verbundener allgemeiner Wandertag anstelle der patriotisch-pathetischen Veranstaltungen der Zeit der ÖVP-Regierung. Wurde dies von der zeitgenössischen Kritik als Entwertung des Nationalfeiertages heftig attackiert,⁶⁵ so hat die massenhafte Partizipation an diesen Aktivitäten möglicherweise mehr zur Verbreitung der nationalen Identität beigetragen als die repräsentativen Feierlichkeiten in den Vorjahren.⁶⁶

In diesem Kontext änderte sich auch die Funktion des Verweises auf Geschichte. Die Identitätspolitik, wie sie von den sozialistischen Regierungen unter Bruno Kreisky entwickelt wurde, war nun wesentlich stärker um den Begriff Zukunft und die damit verbundenen Integrationsversprechen organisiert.⁶⁷ Die Auseinandersetzung mit der konflikthafter Vergangenheit wurde – ein Stück weit zumindest, wenn auch unter fortgesetzter Kontrolle der politischen Lager – der Wissenschaft überantwortet. Symptomatisch für die neue Orientierung war die Veranstaltung dreier wissenschaftlicher Tagungen am 26. 10. 1972 – einer Konferenz zur Zukunft von Wissenschaft und Forschung in Österreich, eines Entwicklungshelferkongresses, der das internationale Engagement betonte, sowie schließlich einer Historikertagung zur Geschichte der Zwischenkriegszeit.⁶⁸ Letztere, als »Festsitzung« der »Wissenschaftlichen Kommission« der (SP-nahen) Theodor-Körner-Stiftung und des (VP-nahen) Leopold

Kunschak-Preises veranstaltet, wurde mit der Aufgabe verbunden, ein »gültiges Bild von jener verhängnisvollen Zeit« zu geben, »in der Österreich nicht an sich geglaubt hat. [...] das schafft zweifellos auch in der Öffentlichkeit ein nationales Bewußtsein, das fern jedes billigen Hurra-Patriotismus liegt.«⁶⁹ Die Einrichtung dieser Kommission setzte ein Zeichen für eine rationalere Bezugnahme auf die Vergangenheit, affirmierte jedoch das hohe politische Interesse an der Herstellung eines identitätsbildenden konsensualen Geschichtsnarrativs, das als »Koalitionsgeschichtsschreibung« treffend beschrieben ist.⁷⁰ Zwei konfligierende Entwicklungstendenzen sind damit verbunden: die Verwissenschaftlichung des gesellschaftlichen Vergangenheitsbezugs und eine neue Form der Politisierung von Fragestellungen und Ergebnissen der historischen Forschung.

Paradigmatisch für diesen zweifachen Ansatz ist die den Jubiläen von Republik und Staatsvertrag gewidmete Ausgabe der Zeitschrift des Österreichischen Nationalinstituts 1975: HistorikerInnen stellten die Geschichte der Zweiten Republik in ihren politischen, ökonomischen und sozialen Strukturen dar und affirmierten damit insbesondere die Distanz zu den Konflikten der Ersten Republik;⁷¹ von der Redaktion um Stellungnahmen gebetene »Persönlichkeiten aus Politik, Publizistik und Wirtschaft« antworteten auf die Fragen »Haben die Österreicher aus ihrer Geschichte gelernt?« und »Was ist die Zweite Republik ihren Bürgern schuldig geblieben?« Die Befragten waren zum Teil mit der ÖVP, zum Teil mit der SPÖ politisch verbunden; ihre Antworten hinsichtlich der Lehren aus der Geschichte dokumentierten den erzielten historischen Konsens: als Reflexionsraum figurierten in wechselnden Gewichtungen die Erste Republik und der Nationalsozialismus, aus denen man zum einen Konsensorientierung und Interessensausgleich gelernt, zum anderen die Überzeugung von der nationalen Eigenständigkeit gewonnen hatte. Differenzen sind im Hinblick auf die thematisierten Defizite erkennbar – so sind etwa Forderungen nach umfassender Landesverteidigung und nach mehr Föderalismus als ÖVP-Positionen identifizierbar, die Kritik an weiterwirkenden autoritären Strukturen und Demokratiedefiziten wurde eher von SP-nahen Persönlichkeiten formuliert. Eingefordert wurde aber auch – und damit kündigte sich ein Perspektivenwechsel an – mehr Aufklärung über nationalsozialistisches Gedankengut, eine klarere Abgrenzung vom Deutschnationalismus und die Einlösung der im Staatsvertrag festgelegten Minderheitenrechte insbesondere in Kärnten.⁷²

Dominant blieb allerdings 1975 der schon in den 1960er Jahren entwickelte identitätspolitische Ansatz: die Affirmation des Nationalbewusstseins aus der Erfolgsgeschichte der Zweiten Republik. Verknüpft wurde sie mit Unternehmungen der Herstellung einer langfristigen historischen Kontinuität, die Zwischenkriegszeit und Nationalsozialismus wenn nicht als Episoden so doch als historische Phänomene erscheinen ließen, welche die nationale Substanz nicht in Frage stellen konnten.

Dieser Zugang, wie auch die politische und pädagogische Bedeutung, die der Arbeit an einem historisch fundierten Nationalbewusstsein weiterhin zugemessen wurde, kam insbesondere in den vom Bundespräsidenten sowie von Spitzenvertretern der beiden großen politisch-sozialen Integrationsmilieus mitgetragenen Jubiläumsaktivitäten der Gesellschaft Pro Austria⁷³ zum Ausdruck.

Gemeinsam mit dem Austriaca-Studierzentrum richtete Pro Austria in den Tagen rund um die Jubiläen von Unabhängigkeitserklärung und Staatsvertrag eine Ausstellung und ein Symposium zum Thema *30 Jahre Zweite Republik* aus. Dokumentiert wurden die Aktivitäten in einem im Verlag der Österreichischen Staatsdruckerei herausgegebenen umfangreichen Sammelband: *Österreich – von der Staatsidee zum Nationalbewußtsein*. Der Band enthält nicht nur die Vorträge des Jubiläumssymposiums, sondern auch die Reden zur Eröffnung des Austriaca-Studierzentrums am Nationalfeiertag 1972 sowie – in einem umfangreichen dritten Teil – eine Reihe von Einzelstudien, die als Versuche zur Begründung einer österreichischen Nationalgeschichte interpretiert werden können.⁷⁴ Trotz sozialistischer Alleinregierung großkoalitionär besetzt von den beiden – wie es in einer Zwischenüberschrift heißt – »staatstragenden Parteien« SPÖ und ÖVP, äußerten sich prominente VertreterInnen der politischen und gesellschaftlichen Elite zur österreichischen Nation. Das großkoalitionäre Modell strukturierte die Programmierung der Festveranstaltungen – so thematisierten Kardinal Franz König und ÖGB-Präsident Anton Benya die geistige und die soziale Entwicklung der Republik, als deren Träger dann Bundespräsident Kirchschräger die österreichische Nation charakterisierte.⁷⁵ Vorgestellt wurden u. a. Sozial- und Wirtschaftspartner (Arbeitgeber, Arbeitnehmer und Bauern), die beiden großen Parteien, aber auch die Beiträge einerseits der Wirtschaft, andererseits der Wissenschaft zum Nationalbewusstsein.⁷⁶

Symptomatisch für die Verschiebung der Wertigkeiten gegenüber 1965, als ÖVP und SPÖ in eigenen Publikationen⁷⁷ ihre historischen Traditionsbildungen betrieben, ist das gemeinsame Auftreten der beiden großen Parteien, die sich gegenseitig ihre »staatstragende« Funktion bestätigen. Vor der Einigung auf *ein* Narrativ steht damit die Definition der *Zugehörigkeit* zur Nation, die in der Form der Benennung der partizipierenden Gruppen stattfindet. Die Zugehörigkeit zu den beiden so hergestellten Integrationsmilieus erscheint damit als Voraussetzung der Partizipation am Gemeinwesen: Nicht Individuen identifizieren sich hier mit der österreichischen Nation, sondern zwei Parteien, die damit zugleich ihren gemeinsamen Alleinvertretungsanspruch formulieren. Vor diesem Hintergrund erhält das Narrativ selbst eine vergleichsweise geringere Bedeutung und wird konsequenterweise HistorikerInnen überlassen, für die nur gilt, dass die Geschichte eine österreichische zu sein hat.

Zwischen den Reden der PolitikerInnen finden sich daher die Texte der HistorikerInnen, an prominenter erster Stelle des Gründers des Instituts für Zeitgeschichte,

Ludwig Jedlicka, zu den historischen Voraussetzungen der Wiederherstellung der Republik Österreich 1945. Der Buchherausgeber Georg Wagner ist mit mehreren umfangreichen Texten vertreten, die den zweifachen Ansatz des historischen Projektes verdeutlichen. Zum einen interpretiert er unter dem Buchtitel *Von der Staatsidee zum Nationalbewußtsein* die Meinungsumfragen zur österreichischen Nation von 1956 bis 1980 als Erfolgsgeschichte der wachsenden Zustimmung zur österreichischen Nation, zum anderen konstruiert er eine zweitausendjährige Kontinuität bis ins antike Noricum. »Genau genommen«, so heißt es bei Wagner,

weist Österreich ein Profil zweier Jahrtausende auf: vom Keimhaften im Ethnischen und Kulturellen und Politischen hin zur Entfaltung vor allem im territorialen und zum Multinationalen (1526) bis zu seiner Reduktion (1918) zum schon ehemals Kernhaften. Österreich ist eine uralte Kontinuität, vor allem in Form geopolitischer, kultureller und – freilich schwerer zu verfolgender – ethnischer »roter Fäden« [...], die sich unwägbare in unser heutiges Volkstum und in unsere Mentalität verwoben. Vermutlich lebt in unserer musischen Begabung auch ein [...] keltisches Erbe fort.⁷⁸

Das – vom Herausgeber entworfene – Buchcover zielte auf die Herstellung einer Evidenz. Georg Wagner stellte eine formale Verbindung zwischen einem aus drei Kreisen gebildeten mittelalterlichen Glasfenster, das den Babenberger Herzog Heinrich II. Jasomirgott darstellte, und einer Luftaufnahme der während der Buchproduktion fertig gestellten, um drei kreisförmige Plätze gebauten Wiener UNO-City her und leitete daraus eine Teleologie und ein nationales »Wesen« ab:

Die beiden Bilder deuten symbolhaft den Weg Österreichs an: von der Staatsidee, verkörpert in [...] dem ersten Herzog Österreichs [...] bis zum Nationalbewußtsein, aus dessen Kraft die UNO-City [...] geschaffen wurde, die dem übernationalen Friedensdienst gewidmet ist. Das gemeinsame Charakteristikum der Bilder, das auch dem Wesen Österreichs am ehesten entspricht, ist die [...] Abgerundetheit, ist Verbindlichkeit, Maß und Milde [...]⁷⁹

Genau diese doppelte Argumentation, welche die Entwicklung seit 1945 mit der Herstellung einer mythischen Kontinuität verbindet, war auch das Konzept der Jubiläumsausstellung *30 Jahre Zweite Republik Österreich* in der Wiener Hofburg unter dem Ehrenschutz des Bundespräsidenten, zu deren Eröffnung das feierliche Symposium stattfand. Die mit politischer Prominenz besetzte Veranstaltungsreihe zog sich über zwei Wochen von Ende April bis Mitte Mai hin und deckte damit den symbolisch besetzten Zeitraum vom Jahrestag der Unabhängigkeitserklärung (27. 4. 1945) bis zum Jahrestag des Staatsvertrags (15. 5. 1955) ab. Die Ausstellung, ursprünglich bis November 1975 geplant, war offenbar ein Publikumserfolg, da sie bis in den März

1976 verlängert wurde.⁸⁰ Besucht wurde sie insbesondere auch von Schulklassen aus ganz Österreich, was nicht nur ihren Charakter einer offiziellen Geschichtsdarstellung unterstreicht, sondern auch ihre Relevanz im Kontext der Geschichtsvermittlung. Thema der Schau war die Geschichte der Republik seit 1945, die – im Spiegel des gewonnenen »Ansehens in der Welt« – als politische, ökonomische, kulturelle und nicht zuletzt sportliche Erfolgsgeschichte dargestellt wurde. Schlüsselbegriffe waren »Koalition«, »Freiheit«, »Wiederaufbau«, »Neutralität«, »Bundesstaat« und »Nationalbewußtsein«. Parallel zur politischen Ereignisgeschichte wurde der »Weg in die Demokratie« anhand der Selbstdarstellung der Parteien (in Form einer umfangreichen Plakatwand mit historischen Wahlplakaten) dargestellt, ein eigener Ausstellungsteil galt »Österreichs Wirtschaft in aller Welt«, wovon Dokumentationen von Messebeteiligungen, Statistiken und Karten zu den Außenhandelsbeziehungen wie auch zum Fremdenverkehr zeugten. Hintergrundstruktur dieser plakativen und konsensorientierten Erzählung war jedoch die über »(h)istorische Erinnerungsstücke« eingeflochtene Präsentation von »Präfiguration(en) des heutigen Österreich«, auf deren Basis ein Kontinuum unbestimmter Dauer entworfen wurde:

Historische Erinnerungsstücke zur Grundlegung unseres Staates [...] und ihre Beziehung zur Gegenwart der 2. Republik helfen uns durch ihren tiefen Symbolgehalt verstehen, daß dieses Österreich nicht 1945 und nicht 1918, auch nicht 1866 oder 1804 entstanden ist, sondern, daß es bei fast gleichbleibendem territorialen Kern, seit dem Regnum Noricum der 10 illyro-keltischen Stämme im 1. Jahrhundert v. Chr., seit der ›Mark im Osten‹ Ostarrichi, des 9. und 10. Jahrhunderts, insbesondere aber seit dem ›Staat Österreich‹ des 15. Jahrhunderts [...], also über ein Jahrtausend hindurch sich nur gewandelt hat, zu allen Zeiten als ›Drehscheibe Europas‹ [...] notwendig war und – wie klein oder groß es sich jeweils erwies – immer Großes, als Bollwerk oder Brücke Europas, leisten mußte.⁸¹

Nun könnte die Einfügung einer um vieles längeren Vorgeschichte – der durch den Verweis auf das Interesse des Bundeskanzlers Bruno Kreisky an einem norischen Exponat anekdotische Bedeutung verliehen wurde⁸² – vor die eigentlich im Kontext einer Jubiläumsausstellung über dreißig Jahre Zweite Republik zu behandelnde Zeitspanne ohne Zweifel als spezielle Liebhaberei der Ausstellungsgestalter⁸³ charakterisiert werden. Doch es verweist in seiner ans Groteske grenzenden Überzeichnung auf auffällige Zeitkonstruktionen auch in anderen Darstellungen und Stellungnahmen, in denen sich immer wieder die Herstellung von Kontinuitäten unterschiedlicher Dauer mit einem affirmativen Bekenntnis zur österreichischen Nation verbindet. Einige Charakteristika der hier diskutierten Texte seien daher abschließend nochmals skizziert.

Thesen

Festzuhalten ist, dass das hier in den Blick genommene Jahrzehnt zwischen 1965 und 1975 von ausdifferenzierten offiziellen und offiziösen Diskursen nationaler Identifizierung gekennzeichnet ist. Zu den Charakteristika von solchen Diskursen zählt, dass sie mit den unterschiedlichsten politischen Inhalten verknüpft werden – kommt doch in ihnen paradigmatisch der Anspruch unterschiedlichster politischer Parteien und Gruppierungen zum Ausdruck, ›das Volk‹ in seiner Gesamtheit zu vertreten. Diskurse, die an eine Nation appellieren, sind daher immer in sich widersprüchlich und unabgeschlossen. Dies steht nicht im Gegensatz zu der mit ihnen verbundenen Semantik der Kontinuität und Einheit, sondern ist vielmehr die Folge des Anspruchs, Spaltungen und Brüche zum Stillstand zu bringen, die Vielzahl der sich permanent verändernden Differenzen in einer Gesellschaft auf eine dauerhafte und stabile Grenze zwischen innen und außen der Nation zu verschieben. Wiewohl jede Gruppe mit ihrer Definition einer spezifischen Nation andere Inklusionen und Exklusionen verbindet, partizipieren doch alle notwendigerweise an der Affirmation der Vorstellung, dass es sich dabei um *eine* Nation handelt. Spezifische Paradoxien und Auslassungen aufzuzeigen, stellt daher eine Möglichkeit dar, einen konkreten Diskurs nationaler Identifizierung zu charakterisieren. Die Existenz solcher Widersprüche und Paradoxien stellt allerdings kein Charakteristikum einer spezifischen Nation – etwa der österreichischen – dar, sondern ist mit jeder Rede von einer Nation verbunden.

Dies lässt sich exemplarisch an der theoretischen Auseinandersetzung mit einem zeitlichen Paradoxon zeigen, das im Bild der Nation als einem »modernen Janus«, der in die »Nebel der Vergangenheit« und in die »unendliche Zukunft« gleichermaßen blicke (Tom Nairn), gefasst wurde. Homi K. Bhabha hat daher argumentiert, dass erst das Bild des Archaischen das spezifisch Neue nationaler Prozesse der Moderne darstellbar mache. Anne McClintock hat daran anschließend darauf hingewiesen, dass die »Zeitanomalie« des zwischen »Nostalgie« und »Modernität« gespaltenen Nationalismus häufig durch Geschlechterbilder aufgelöst werde.⁸⁴ Solche theoretischen Ansätze ermöglichen es, Fragen nach den Zeitkonzeptionen von Invokationen und Adressierungen einer österreichischen Nation zu (re-)formulieren. Ist das Bewusstsein vom artifiziellen Charakter einer nationalen österreichischen Geschichte durchwegs hoch, so sollte die Auseinandersetzung mit solchen in ganz anderen Kontexten entwickelten Thesen zu nationalen Zeitkonzepten vor einer Essentialisierung des Mangels an einer weiter zurückreichenden Geschichte nationaler Identifikation warnen: der imaginäre Charakter der Nationalgeschichte ist nicht, wie bisweilen in einer verkürzten Kritik des ÖsterreicherNationalismus formuliert wird, etwas ›typisch Österreichisches‹, er ist dem Konzept der Nation vielmehr inhärent.

Wenn hier nach der österreichischen Nation gefragt wurde, so war damit nicht eine Abbildung von Identitäten oder gar von ›Nationalbewusstsein‹ intendiert, sondern die Auseinandersetzung mit einer spezifischen Wahrnehmungs- und Repräsentationsweise. Zwei Fragen standen dabei am Ausgangspunkt meiner Überlegungen: jene nach Narrativen der Identifizierung mit Österreich in den 1960er und 1970er Jahren und jene nach den Grenzen der Transformation der Geschichtsbilder im Gefolge des geschichtskulturellen Bruchs in den 1980er Jahren. Die Frage nach dem Status und der Funktion des Verweises auf ›Geschichte‹ erwies sich dabei als produktiver Fokus der Interpretation der so unterschiedlichen Quellentexte: Nicht so sehr, *welche* Geschichte jeweils erzählt wird, stand für mich dabei im Zentrum – die Erzählvarianten sind inzwischen breit dokumentiert –, sondern die Frage, in welchen Kontexten und zu welchen Zwecken Österreich als Nation nicht bloß als ein »Ding in der Welt« (Rogers Brubaker), sondern als ein ›Ding‹ mit Geschichte thematisiert wird.

Unter den Strategien zur Herstellung und Affirmation einer österreichischen Nation sind in den 1960er und 1970er Jahren – mit wechselnder Gewichtung – zwei Begriffe besonders prominent: Zum einen wird das emphatische »Bekenntnis« (zur Nation Österreich) mit einer spezifischen – historischen – Kenntnis begründet. Der Verweis auf historisches Wissen flankiert dieses Bekenntnis sowohl als Begründung – ›weil wir um die Vergangenheit wissen, müssen wir uns zur österreichischen Nation bekennen‹ – als auch als Tradition – ›wir haben uns schon seit langem als Österreicher, Österreicherinnen bekannt‹ –, an die bei der Herstellung eines nationalen ›Wir‹ angeknüpft wird. Geschichte wird so als Topos eingesetzt, um das Bekenntnis zugleich herzustellen und zu beweisen. Zum anderen fungiert »Besinnung« als in die Vergangenheit projizierter gegenwärtiger Sinn. In der Gegenwart werden Sinngebungen entwickelt, die dann als (Rück-)Besinnung auf Vorgängiges legitimiert werden: Geschichte ist damit die Konstruktion einer Vergangenheit, aus der spezifische Identifikationen legitimiert werden können. Sind diese beiden Strategien grundsätzlich miteinander kompatibel, so eröffnen sie doch ein Set unterschiedlicher Formen des Vergangenheitsbezuges. Nicht so sehr die historischen Narrative und ihre Bewertung differieren dabei, sondern die spezifische *Form* der Indienstnahme von Geschichte zur Herstellung der Nation. Während im einen Fall auch eine negativ konnotierte Vorgeschichte das gegenwärtige Bekenntnis begründen kann, so wird im anderen Fall eine seit jeher oder doch sehr lange schon vorhandene – allenfalls verborgene – positive Kontinuität behauptet. Solche Indienstnahmen verbinden sich mit unterschiedlichen Konstruktionen von Zeit. Diese reichen von zyklischen Metaphern der Wiedergeburt über spezifische Gründungsmythen, die in paradoxer Weise ein ›Immer-schon‹ mit dem ›Seit-dann‹ verknüpfen, bis hin zu allegorischen Argumentationsfiguren, in denen die ›Geschichte‹ als ›Lehrmeisterin‹ der Gegenwart auftritt. Gemeinsames Movens all dieser unterschiedlichen Bezugnahmen auf Vergangen-

heit – ob diese nun als Fundament figuriert, auf das gebaut, oder als abschreckendes Beispiel, aus dem gelernt werden kann – ist die Schaffung und Stärkung von österreichischem Nationalbewusstsein.

Dass die solcherart betriebene Förderung von ›Österreichbewusstsein‹ nicht als schlichtweg nationalistisches Projekt wahrgenommen wurde, ist nur vor dem Hintergrund jenes anderen Nationalismus zu verstehen, der die österreichische Geschichte im 20. Jahrhundert prägte: der vor 1938 Parteien übergreifenden Überzeugung von der Zugehörigkeit zur deutschen Nation, die große Teile der Bevölkerung den ›Anschluss‹ an das nationalsozialistische Deutsche Reich hatte begrüßen lassen.⁸⁵ So wie der eingangs zitierte Anton Pelinka sahen viele der in den 1960er und 1970er Jahren akademisch sozialisierten HistorikerInnen und SozialwissenschaftlerInnen nur in der Förderung eines österreichischen Nationalbewusstseins eine wirksame Gegenkraft gegen die mit dem Deutschnationalismus verbundenen Haltungen und Traditionen. Wo »die österreichische Nation« als »Haßobjekt der [...] radikalen Rechten«⁸⁶ erschien, figurierte das Bekenntnis zu Österreich als demokratische Alternative. Eine tiefer gehende historisch fundierte Kritik des Konzepts Nation als Fundament politischer Institutionen konnte vor dem Hintergrund dieses Gegensatzes lange nicht auf der politischen und wissenschaftlichen Agenda stehen. Es mag nicht zuletzt damit zusammenhängen, dass im öffentlichen Diskurs die Begriffe Österreichbewusstsein, Nationalbewusstsein und österreichische Identität scheinbar synonym verwendet werden, wiewohl sie mit scharf differenzierten Konnotaten versehen sind. Die dahinter liegenden Grenzziehungen kommen nicht zuletzt in jener seltsamen Verkehrung von Wortbedeutungen zum Ausdruck, gemäß der das Bekenntnis zur österreichischen *Nation* lange für eine republikanisch-demokratische – also an rechtsstaatlichen Institutionen orientierte – Gesinnung stand, während das Beharren auf dem Begriff des *Staates* (etwa im Kontext der Bezeichnung des Nationalfeiertages⁸⁷) auf deutschnationale und häufig auch auf antidemokratische und völkische Kontexte verweist. Kompromissformulierungen stellen demgegenüber Bezugnahmen auf Österreichbewusstsein und österreichische Identität dar. Wird durch die Vermeidung des Begriffs Nation der festverankerten Assoziation zwischen ›national‹ und ›deutschnational‹ ausgewichen, so erlaubt die inflationäre Rede von der Identität eine Ausdehnung der konstruierten Einheit Österreich über Zeiten, Populationen, differente Territorien und Systembrüche hinweg. Der essentialisierende Effekt einer solchen Rede besteht weniger in der Konstruktion einer konkreten (nationalen) Einheit, sondern vielmehr in der Auflösung aller Kriterien, anhand derer über ihre Existenz oder Nichtexistenz Klarheit hergestellt werden könnte. Damit verbindet sich die konsequente Vermischung von praktisch-politischer und sozialwissenschaftlich-historischer Begrifflichkeit, auf deren problematische Folgen für eine Kritik identitätspolitischer Strategien Rogers Brubaker und Frederick Cooper hingewiesen haben.⁸⁸

Was schließlich zum Bruch des Projektes zur gesamtgesellschaftlichen Herstellung der Identifikation mit Österreich als Nation führte, war nicht das, was als Trennendes immer schon gewusst – und in der Rede vom notwendigen Vergessen angesprochen – worden war (die Konfliktgeschichte der Ersten Republik), sondern das, worüber man sich lange einig zu sein schien, dass es ein Außerhalb darstelle: der Nationalsozialismus, der nicht als eigene, mitverantwortete Geschichte zu besprechen war. Die Tragfähigkeit jenes historischen Narrativs, dessen institutionelle Festschreibung spätestens 1965 mit der Parteien übergreifenden Einigung über den österreichischen Nationalfeiertag stattgefunden hatte, geriet zunehmend an ihre Grenzen. Wenn im Laufe der 1980er Jahre die sukzessive Dekonstruktion des in den 1960er und 1970er Jahren ausgebildeten Selbstverständnisses festgestellt werden kann, so muss doch auch die Frage nach den Kontinuitäten in Aspekten der nationalen Identifizierung gestellt werden. Dazu ist es, wie ich glaube, notwendig, die inzwischen hegemonial gewordene Rede von der Verabschiedung der ›Opferthese‹ in ihren Auswirkungen kritisch zu reflektieren. Die breite Akzeptanz der Einschätzung, Österreich habe sich über Jahrzehnte fälschlich als ›Opfer des Nationalsozialismus‹ dargestellt und diese Lüge sei in den 1980er Jahren offenbar geworden, lässt die Frage nach der geschichtskulturellen Funktion dieses simplifizierenden Narrativs aufkommen. Denn die Debatte wird auf *einen* Aspekt der Österreichideologie der 1960er und 1970er Jahre verengt, wenn sich – zumindest auf der Ebene des popularisierten historischen Wissens – der Fokus vor allem auf Hintergründe der Nichtthematisierung des Nationalsozialismus und der Beteiligung vieler ÖsterreicherInnen richtet. Steht dahinter die These, dass nur von diesem verschwiegenen, tabuisierten Zentrum aus zu verstehen ist, was die nationale Identität der ÖsterreicherInnen ausmacht,⁸⁹ so gilt es im Lichte der zuletzt im Jahr 2005 zu beobachtenden Geschichtsmentalitäten doch zu fragen, ob die These vom Bruch in den 1980er Jahren nicht auch etwas verdeckt: die Kontinuitäten eines wenig reflektierten österreichischen Identitätsdiskurses, der – korrespondierend mit der Welle neuer Nationalismen nach dem Ende der bipolaren Ordnung, aber auch in Reaktion auf die Verunsicherungen der 1980er Jahre – in den 1990er Jahren eher noch an Popularität gewann.⁹⁰

Man könne zu dem »Schluß gelangen, daß die österreichische Nationswerdung ein kollektiver Erziehungsroman ist«, stellte Felix Kreissler in einem 1987 publizierten Essay zu »Nationswerdung und Trauerarbeit«⁹¹ fest. Dieser Beobachtung ist zuzustimmen. Doch daran schließt sich zwei Jahrzehnte später die Frage, ob es nicht der Verabschiedung des von Persönlichkeiten wie Felix Kreissler vorangetragenen nationalen Erziehungsprojektes bedarf, damit die noch immer notwendige Trauerarbeit gelingen kann. Denn nicht das Bekenntnis zur Nation, sondern die Abkehr vom identitätspolitischen Paradigma ist die Voraussetzung für eine von demokratischer Partizipation, Rechtsstaatlichkeit und Zivilcourage getragene Gesellschaft.

Nur eine grundsätzliche Distanz zum nationalen Diskurs der Identifizierung und die Infragestellung des Konstrukts Nation als Legitimation und *ultima ratio* politischen Handels können die Kritik und Analyse der offiziellen (Selbst-)Darstellungen der Republik ermöglichen und erlauben es, die Frage nach der Funktion des nationalen Diskurses in Österreich aufzuwerfen. Eine grundlegende Auseinandersetzung mit der politischen Funktionalisierung von Geschichte ist notwendig, nicht bloß der Appell an ein »anderes Österreich«. Nicht die Ausgestaltung alternativer Identitätswürfe, sondern die grundsätzliche Infragestellung des Konzeptes der Identität scheint mir auf der Ebene der Geschichtswissenschaft eine angemessene und notwendige Reaktion auf die Inszenierungen wie jene des vergangenen Jahres 2005.

Anmerkungen

- 1 Der folgende im Frühjahr 2006 abgeschlossene Text entstand aus einem Vortrag, der im Rahmen des Symposiums »Das andere und das künftige Österreich im neuen Europa« im Oktober 2005 an der Universität Wien gehalten wurde. Vgl. dazu: Helmut Kramer, Karin Liebhart u. Friedrich Stadler, Hg., Österreichische Nation – Kultur – Exil und Widerstand. In memoriam Felix Kreissler, Wien u. Münster 2006. Für anregende Gespräche und Kritik danke in Skúli Sigurdsson.
- 2 Renata Salecl, Für die Liebe zur Nation. Ceauşescus Disneyland, in: dies., (Per)Versionen von Liebe und Hass, Berlin 2000, 111–140, 121.
- 3 Zu den zentralen innenpolitischen Auseinandersetzungen des Jahres 2005 zählte der Streit um die Aufstellung zweisprachiger Ortstafeln in Kärnten, die im Artikel 7 des Staatsvertrages geregelt ist. Zur Geschichte des »Ortstafelstreits« vgl. Brigitte Entner, Von Ortstafeln und anderen Zweisprachigkeiten oder: die versuchte Konstruktion eines »deutschen Kärnten«, in: Rasprave in gradivo. Treatises and Dokuments 47 (2005), 88–101.
- 4 Vgl. Mein Gedankenjahr: Stimmen zu 2005 (Helene Maimann), in: Helene Maimann, Hg., Was bleibt. Schreiben im Gedankenjahr, Wien 2006, 21.
- 5 Paradigmatisch dafür die Ausstellung »Das neue Österreich« im Wiener Belvedere, die von einem privaten Proponentenkomitee getragen wurde, deren Angehörige gleichwohl politischen Lagern zuordenbar sind. Finanziert wurde sie von der Republik, der Stadt Wien und privaten Sponsoren. Vgl. <http://www.dasneueoesterreich.at/> (30. 6. 2006). Zu den Ausstellungen des Jahres 2005 vgl. Ulrike Felber, Jubiläumsbilder. Drei Ausstellungen des Jahres 2005, in: Österreichische Zeitschrift für Geschichtswissenschaften 17 (2006), H. 1, 65–90. Beispiele für frühere großkoalitionär besetzte Geschichtsprojekte, die signifikanter Weise beide ebenfalls zu Zeitpunkten gegründet wurden, als eine der beiden großen Parteien in Opposition war, sind das Österreichische Nationalinstitut (vgl. Anm. 34) und die von der Theodor Körner-Stiftung und dem Leopold Kunschak-Preis getragene Wissenschaftliche Kommission (vgl. Anm. 70).
- 6 Vgl. dazu u. a.: Susanne Breuss, Karin Liebhart u. Andreas Pribersky, Rituale des nationalen Gedenkens – die Schweiz, Frankreich, Österreich und Deutschland im Vergleich, in: Emil Brix, Hannes Stekl, Hg., Der Kampf um die Erinnerung in Mitteleuropa, Wien u. a. 1997, 395–417; Katharina Wegan, »Heilige Zeiten«. Der österreichische Staatsvertrag und seine Jubiläen, in: Zeitgeschichte 28 (2001), H. 5, 277–297.
- 7 Vgl. dazu u. a. Gerhard Botz, Österreichs verborgene Nazi-Vergangenheit und der Fall Waldheim, in: Forum (1989) H. 10/11, 47–55, Heidemarie Uhl, Das »erste Opfer«. Der österreichische Opfermythos und seine Transformationen in der Zweiten Republik, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft (2001), H. 1, 19–34.
- 8 Die österreichische Nachkriegsgeschichte kennt mehrere Versuche, im Anknüpfen an den mythisierten Begriff des 1000-jährigen Reiches Tradition und Kontinuität herzustellen. So in den 950-Jahrfeiern 1946 wie auch in Bezugnahmen 1976 und 1996 auf mittelalterliche Konfigurationen von Herrschaft und Territorium. Vgl. Martina Nußbaumer, Millenium revisited. Inszenierungen von Geschichte und

- Identität im »Ostarrichi« – Jubiläumsjahr 1996, in: *Zeitgeschichte* 28 (2000), H. 5, 254–276, Stefan Spevak, *Das Jubiläum »950 Jahre Österreich«*. Eine Aktion zur Stärkung eines österreichischen Staats- und Kulturbewusstseins im Jahr 1946, Wien u. a. 2003, sowie aus sprachwissenschaftlicher Perspektive: Martin Reisigl, *Wie man eine Nation herbeiredet*. Eine diskursanalytische Untersuchung zur sprachlichen Konstruktion der österreichischen Nation und österreichischen Identität in politischen Fest- und Gedenkreden, unveröffentlichte phil. Diss., Universität Wien 2003.
- 9 Vgl. dazu zuletzt: Christian Gerbel u. a., Hg., *Transformationen gesellschaftlicher Erinnerung*. Studien zur »Gedächtnisgeschichte« der Zweiten Republik, Wien 2005.
 - 10 Österreicher im »Tausendjährigen Reich«. Podiumsdiskussion an der Innsbrucker Universität am 25. 10. 1976, Wien 1976, I.
 - 11 Ebd., 6 f (Franz Danimann).
 - 12 Ebd., 6 (Anton Pelinka).
 - 13 Ebd., 18 (Anton Pelinka).
 - 14 Eine frühe ausführliche Rezeption sozialwissenschaftlicher Umfragen im zeitgeschichtlichen Kontext findet sich in Erika Weinzierl, *Österreichische Nation und österreichisches Nationalbewusstsein*, in: *Zeitgeschichte* 17 (1989), H. 1, 44–62.
 - 15 Felix Kreissler, *Der Österreicher und seine Nation*. Ein Lernprozess mit Hindernissen, Wien u. a. 1984, 76, 359, 502.
 - 16 Umfragen zum österr. Nationalbewusstsein diskutiert Kreissler ebd., 496–502. Vgl. zur Erhebung von Nationalbewusstsein durch Umfrageforschung Albert Müller, *Kollektive Identität und ihre Erforschung am Beispiel Österreichs*. Probleme und Kritik, in: Kramer u. a., *Nation*, wie Anm. 2, 69–84.
 - 17 Österreicher, wie Anm. 10, 23 (Anton Pelinka).
 - 18 Ebd., 24 (Anton Pelinka).
 - 19 Vgl. dazu Susanne Frölich-Steffen, *Die Identitätspolitik der FPÖ: Vom Deutschnationalismus zum Österreich-Patriotismus*, in: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft* (2004), H. 3, 281–295.
 - 20 Nicht verborgen werden soll an dieser Stelle, dass die Auseinandersetzung mit dem Österreich-Diskurs der 1960er und 1970er Jahre für mich auch die autobiographisch motivierte Frage nach der politischen Sozialisation meiner Generation beinhaltet, deren Bewusstsein für öffentliche Ereignisse und Ziele irgendwo zwischen Mondlandung und dem Ausschluss des Abfahrtsstars Karl Schranz von den Olympischen Spielen erwacht ist. Mitte der 1970er Jahre war das nationale Identifikationsprogramm schon angekommen in den Schulen, die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus spielte noch keine Rolle. So besuchte die Schulklasse, der ich angehörte, auf einer mehrtägigen Österreichreise symbolträchtige Orte, die mit den beiden großen politischen Integrationsmilieus in Verbindung gebracht werden konnten: die VOEST in Linz (wo die NS-Vergangenheit des Unternehmens kein Thema wurde) und das Stift Lilienfeld in Niederösterreich. An jenem Ort dazwischen, an dem wir (auch) die Chance gehabt hätten, uns mit Verstrickung der österreichischen Gesellschaft in den Nationalsozialismus auseinander zu setzen, an der Gedenkstätte Mauthausen, ist unser Autobus vorbeigefahren. Zur Gedenkstätte Mauthausen als ambivalenter Gedächtnisort der Zweiten Republik vgl. Bertrand Perz, *Die Gedenkstätte Mauthausen*. 1945 bis zur Gegenwart, Innsbruck u. a. 2006.
 - 21 Für eine Differenzierung der negatorischen Strategien der Verdrängung, Verleugnung und Verwerfung, in deren Rahmen die Ausblendung der Beteiligung am Nationalsozialismus als (über Verdrängung und Verleugnung hinausgehende) Verwerfung charakterisiert ist, vgl. Oliver Marchart, *Das historisch-politische Gedächtnis*. Für eine politische Theorie kollektiver Erinnerung, in: Gerbel u. a., *Transformationen*, wie Anm. 9, 21–49, 27–33.
 - 22 Für eine Auseinandersetzung mit den aufeinander verweisenden Strategien der Darstellung und der Herstellung nationaler Identitäten vgl. Johanna Gehmacher, *Die Nation lieben*. Zur Darstellung und Herstellung eines Gefühls, in: Ingrid Bauer u. a., Hg., *Liebe und Widerstand*. Ambivalenzen historischer Geschlechterbeziehungen, Wien u. a. 2005, 89–107.
 - 23 Vgl. Wegan, *Zeiten*, wie Anm. 6; dies., *Gedächtnisort: Staatsvertrag*. Über österreichische Eigenbilder zum Staatsvertragsjubiläum ..., in: Moritz Csáky u. Klaus Zeyringer, Hg., *Inszenierungen des kollektiven Gedächtnisses*. Eigenbilder, Fremdbilder, Innsbruck u. a. 2002, 193–219.
 - 24 Paradigmatisch im historischen Diskurs Georg Wagner, Hg., *Österreich*. Von der Staatsidee zum Nationalbewusstsein. Studien und Ansprachen. Mit einem Bildteil zur Geschichte Österreichs, Wien 1982; Kreissler, *Österreicher*, wie Anm. 15; Ernst Bruckmüller, *Nation Österreich*. Kulturelles

- Bewußtsein und gesellschaftlich-politische Prozesse, Wien u. Köln ²1996; Friedrich Heer, Der Kampf um die österreichische Identität, Wien u. a. ²1996. Aus sozialwissenschaftlicher Perspektive Albert F. Reiterer, Hg., Nation und nationales Bewußtsein in Österreich, Wien 1988. Vgl. zuletzt auch Emil Brix u. a., Hg., Memoria Austriae. Bd. 1: Menschen, Mythen, Zeiten, Bd. 2: Bauten, Orte, Regionen, Bd. 3: Unternehmer, Firmen, Produkte, Wien 2004/05.
- 25 Vgl. z. B. Waltraud Kannonier-Finsterer u. Meinrad Ziegler, Österreichisches Gedächtnis. Über Erinnern und Vergessen der NS-Vergangenheit, Wien u. a. 1993; Eleonore Lappin u. Bernhard Schneider, Hg., Die Lebendigkeit der Geschichte. (Dis-)Kontinuitäten in Diskursen über den Nationalsozialismus, St. Igbert 2001; Heidemarie Uhl, Vom Opfermythos zur Mitverantwortungsthese: NS-Herrschaft, Krieg und Holocaust im »österreichischen Gedächtnis«, in: Gerbel u. a., Transformationen, wie Anm. 9, 50–85.
- 26 Rogers Brubaker, *Ethnicity without Groups*, Cambridge Mass. u. London 2004, 17.
- 27 Uhl, Opfermythos, wie Anm. 25, 65.
- 28 Siegfried Mattl, Geschlecht und Volkscharakter. Austria engendered, in: Österreichische Zeitschrift für Geschichtswissenschaften 7 (1996), H. 4, 499–515, 503.
- 29 Parallel zur Fertigstellung dieses Manuskriptes habe ich ein Forschungsseminar zu historischen Narrativen und politischen Ritualen im Österreich der 1960er und 1970er Jahre durchgeführt. Für anregende Diskussionen danke ich Roman Daxböck, Kresimir Djurkovic, Astrid Guger, Veronika Helfert, Julia Hürner, Olivia Kaiser, Bernhard Kral, Paul Pennerstorfer und Georg Sever. Die Ergebnisse ihrer gemeinsamen Arbeit sind unter <http://www.unet.univie.ac.at/~a0202334/FS/index.htm> (15. 10. 2006) dokumentiert.
- 30 Österreicher und Österreicherinnen! (Aufruf der österreichischen Bundesregierung), in: Wiener Zeitung vom 24. April 1965, 1.
- 31 Ebd.
- 32 Als »verdrängten Bürgerkrieg« hat Anton Pelinka den auf den Nationalsozialismus verweisenden grundlegenden Bruch in der Nachkriegsgesellschaft bezeichnet. Vgl. Anton Pelinka, Der verdrängte Bürgerkrieg, in: Anton Pelinka u. Erika Weinzierl, Hg., Das große Tabu. Österreichs Umgang mit seiner Vergangenheit, Wien ³1997, 143–153. Zur Kritik am Terminus »Bürgerkrieg« zur Beschreibung der Gewaltverhältnisse im Nationalsozialismus vgl. Gerhard Botz, »Eine neue Welt, warum nicht eine neue Geschichte?« Österreichische Zeitgeschichte am Ende ihres Jahrhunderts, Teil 1, in: Österreichische Zeitschrift für Geschichtswissenschaften (1990), H. 1, 49–76.
- 33 Dr. h. c. Dipl.-Ing. Leopold Figl, Erinnern – besinnen!, in: Die österreichische Nation 17 (1965), H. 5, 66–68.
- 34 Das 1964 von Walter Jambor, Norbert Leser, Anton Pelinka und Kurt Skalnik gegründete Österreichische Nationalinstitut bestand bis 1995 und gab von 1965 bis 1980 die Zeitschrift *Die Republik. Beiträge zur österreichischen Politik* heraus, deren redaktionelle Zusammensetzung den großkoalitionären Zugang spiegelte. Vgl. Gerhard Bacher, Das Österreichische Nationalinstitut, unveröffentlichte phil. Diplomarbeit, Universität Klagenfurt 1996, 18 f., 56. Das Nationalinstitut hatte es sich in seinen Statuten zur Aufgabe gemacht, »auf den Gebieten der Wissenschaft, Kultur, der Schule, Volksbildung und der Politik in Wort und Schrift für die österreichische Nation einzutreten.« Vgl. Die Republik (1965), H. 1 (Umschlag). Der Plan zur Gründung eines österreichischen Nationalarchivs scheiterte an der mangelnden staatlichen Unterstützung. Vgl. Nationalarchiv gegründet, in: ebd. (1967), H. 2, 43. Von der geplanten Schriftenreihe zur Nationswerdung Österreichs erschien nur der erste Band: Walter Jambor, Der Anteil der österreichischen Bundesländer an der Nationswerdung Österreichs, Wien u. München 1971. Vgl. Bacher, Nationalinstitut, 86 f.
- 35 Zu den Kontexten dieser Institutierung vgl. Gustav Spann, Zur Geschichte des österreichischen Nationalfeiertages, in: Beiträge zur Historischen Sozialkunde (1996), H. 1, 27–34, ders., Fahne, Staatswappen und Bundeshymne der Republik Österreich, in: BMfUKS, Hg., 26. Oktober. Zur Geschichte des Österreichischen Nationalfeiertages, Wien [o. J.] 35–41; Vgl. auch: Christiane Potočnik, Der österreichische Nationalfeiertag. Nur mehr ein Tag der Fitnessmärsche?, in: Zeitgeschichte 17 (1989), H. 1, 19–32.
- 36 Walter Jambor, Der österreichische Nationalfeiertag ist der Spiegel der Nation, in: Die österreichische Nation (1965), H. 9, 121 ff., 123.
- 37 Zur Affäre um Taras Borodajkewycz, der als Professor für Wirtschaftsgeschichte der Wiener Hochschule für Welthandel öffentlich vom »größeren Vaterland« der »deutschen Österreicher« und

- seinem Stolz auf seine NSDAP-Mitgliedschaft sprach, vgl. Gérard Kasemir, Spätes Ende für ›wissenschaftlich‹ vorgetragene Rassismus. Die Borodajkewycz-Affäre, in: Michael Gehler u. Hubert Sickinger, Hg., Politische Affären und Skandale in Österreich. Von Mayerling bis Waldheim, Thaur u. a. 1995, 486–501.
- 38 Vgl. Gernot Heiss, Im »Reich der Unbegreiflichkeiten«. Historiker als Konstrukteure Österreichs, in: Österreichische Zeitschrift für Geschichtswissenschaften 7 (1996), H. 4, 455–479; Christian Gerbel, Zur »gesamddeutschen« Geschichtsauffassung, der akademischen Vergangenheitspolitik der zweiten Republik und dem politischen Ethos der Zeitgeschichte, in: Gerbel, Transformationen, wie Anm. 9, 86–130.
- 39 Neben dem schon zitierten Österreichischen Nationalinstitut (vgl. Anm. 34) wird ein solches Programm insbesondere auch vom Institut für Österreichkunde, der Österreichischen Gemeinschaft und von der Gesellschaft Pro Austria verfolgt. Das Institut für Österreichkunde gibt seit 1957 die an Lehrer und Lehrerinnen adressierte Zeitschrift *Österreich in Geschichte und Literatur (mit Geographie)* heraus und veranstaltet jährlich Historikertagungen. Das Institut hat es sich zur Aufgabe gemacht, »die Kenntnis der österreichischen Kultur und im Besonderen der österreichischen Geschichte zur Stärkung des Staatsbewusstseins (zu) verbreiten sowie Österreichs Einfluss auf die politischen Geschehnisse und auf die Kultur in Europa und in der Welt aufzeigen« (Vereinsstatuten, vgl. <http://www.oesterreichkunde.ac.at/> 11. 4. 2006). Die 1925 als »Großösterreichische Jugend« von August Maria Knoll, Ernst Karl Winter, Alfred Missong und anderen gegründete Österreichische Gemeinschaft (vgl. Ernte nach Saat, in: Die österreichische Nation [1973], H. 6, 81; Bacher, Nationalinstitut, wie Anm. 34, 79), gab ab 1949 die Monatszeitschrift *Die österreichische Nation* heraus, in deren Redaktion nach der Einstellung der Zeitschrift *Die Republik* 1980 auch Mitglieder des Österreichischen Nationalinstitutes mitarbeiteten. Vgl. Bacher, Nationalinstitut, wie Anm. 34, 60. Zu den AutorInnen der Zeitschrift zählten u. a. Albert Massiczek, Walter Jambor, Raimund Poukar, Karl Vogl, Anton Pelinka, Erika Weinzierl und Ernst Hoor. Zur Gesellschaft Pro Austria vgl. Anm. 73.
- 40 Bundeskanzler Dr. Josef Klaus, Vorwort, in: Ludwig Reichhold, Hg., Zwanzig Jahre Zweite Republik. Österreich findet zu sich selbst, Wien 1965, 7.
- 41 Johann Eidlitz, Das Jahr Null, in: Reichhold, Jahre, wie Anm. 40, 9.
- 42 Vgl. Adolf Schärf, Geleitwort, in: Jacques Hannak, Hg., Der Weg ins Heute. Zwanzig Jahre Zweite Republik, Wien 1965, 1.
- 43 Jacques Hannak, Kurze Geschichte des neuen Österreich, in: ders., Weg, wie Anm. 42, 7–24, 7.
- 44 Ebd., 13. Zur Rolle des Innenministers Oskar Helmers bei der Entfernung der Kommunisten aus dem Polizeiapparat vgl. Wilhelm Svoboda, Die Partei, die Republik und der Mann mit den vielen Gesichtern, Wien u. a. 1993.
- 45 Hannak, Geschichte, wie Anm. 43, 15.
- 46 Zum Antikommunismus als Teil einer österreichischen Identität vgl. Oliver Rathkolb, Die paradoxe Republik. Österreich 1945 bis 2005, Wien 2005, 31–34.
- 47 Bruno Kreisky, Wir haben aus der Geschichte gelernt, in: Die Republik (1965), H. 4, 146–149, 147 (Abdruck der Rede auf der Festversammlung des Österreichischen Bundesjugendringes am 14. Mai 1965 in der Wiener Hofburg).
- 48 Ebd., 148.
- 49 Ebd.
- 50 Österreichs Nationalfeiertag, in: Wiener Zeitung vom 26. 10. 1967.
- 51 Zur Abgrenzung von einem ethnisch-kulturellen Nationsbegriff vgl. auch. Susanne Breuss u. a., Inszenierungen. Stichwörter zu Österreich, Wien 1995, 22.
- 52 Nationalratspräsident Alfred Maleta, zit. n. Österreich beging Nationalfeiertag, in: Volksblatt vom 27. 10. 1965.
- 53 Bundeskanzler Josef Klaus, zit. n. Österreich begeht Nationalfeiertag, in: Volksblatt vom 26. 10. 1965.
- 54 Das Konzept Nation als ein mögliches, plötzliches Ereignis (»contingent event«) zu sehen, hat Rogers Brubaker in Abgrenzung zu eher an kontinuierlichen Entwicklungen nationaler Identität orientierten theoretischen Zugriffen entwickelt. Er greift damit auf die Darstellung einer Erfahrung von Überwältigung durch Nationalität (»being overcome by nationhood«) von Slavenka Drakulic zurück. Diese ziehe, so Brubaker, die »nullification of complex identities by the terrible categorical simplicity of ascribed nationality« nach sich. Vgl. Rogers Brubaker, Rethinking nationhood: nation as institutio-

- nalized form, practical category, contingent event, in: ders., Nationalism reframed. Nationhood and the national question in the New Europe, Cambridge u. a. 1996, 13–22, 20.
- 55 Rede des Bundeskanzlers Josef Klaus bei der Festsitzung des Ministerrats, zit. n. Der Nationalfeiertag – Tag der Besinnung, in: Wiener Zeitung vom 28. 10. 1969.
- 56 Zur mangelnden Strafverfolgung der NS-Kriegsverbrecher in den 1960er Jahren in Österreich vgl. Bertrand Perz, Die österreichische Beteiligung an NS-Verbrechen. Anmerkungen zur Debatte, in: Kramer u. a., Österreichische Nation, wie Anm. 2, 223–234.
- 57 Zur Funktion des Begriffes Anstand als ein Schlüsselwort der Ausblendung der NS-Vergangenheit bereits in den 1950er Jahren wie auch zu den apologetischen Inanspruchnahmen von Anständigkeit im Kontext der Waldheim-Debatte vgl. Breuss u. a., Inszenierungen, wie Anm. 51, 95 f.
- 58 Spann, Zur Geschichte, wie Anm. 35, 31.
- 59 Österreich beging den Nationalfeiertag würdig, in: Wiener Zeitung vom 28. 10. 1967. Vgl. Programme für heute, in: Arbeiter-Zeitung vom 26. 10. 1967. Für den Hinweis auf die Fernsehübertragung danke ich Renée Winter.
- 60 Vgl. dazu Anne McClintock, »No Longer in a Future Heaven«: Gender, Race, and Nationalism, in: dies. u. a., Hg., Dangerous Liaisons. Gender, Nation, and Postcolonial Perspectives, Minneapolis 1997, 89–112, 92.
- 61 Jugend erhielt »Freibrief«. Sie darf den Nationalfeiertag in eigener Regie feiern, in: Kurier vom 24. 10. 1968.
- 62 Zur Feier der Republik: Amnestie, kein Parade, in: Kurier vom 9. 10. 1968.
- 63 Norbert Leser, Die nationale Selbstfindung der Österreich, in: Jambor, Anteil, wie Anm. 34, 344–364, 345.
- 64 Zum Versprechen auf Konsum-Teilhabe als formatives Element von nation-building vgl. Andrea Ellmeier, Arbeit Ökonomie Konsum, in: Johanna Gehmacher u. Maria Mesner, Frauen- und Geschlechtergeschichte. Positionen/Perspektiven, Innsbruck u. a. 2003, 183–201, 197. Monika Bernold hat die mit dem zunehmenden Wohlstand verbundene Transformation der Darstellung des gesellschaftlichen Selbstverständnisses am Beispiel der 1969 anlaufenden Fernsehshow *Wünsch dir was* dargestellt. Vgl. Monika Bernold, ein paar österreich. Von den »Leitners« zu »Wünsch dir was«. Mediale Bausteine der Zweiten Republik, in: Österreichische Zeitschrift für Geschichtswissenschaften 7 (1996), H. 4, 517–532.
- 65 Vgl. z. B. Ulrich Stocker, Gähnen um Nationalfeiertag, in: Oberösterreichische Nachrichten vom 17. Juli 1972; Streit um Stellenwert des Nationalfeiertages, in: Salzburger Nachrichten vom 27. 10. 1973. Vgl. auch Potočnik, Nationalfeiertag, wie Anm. 35, 28.
- 66 Vgl. Spann, Geschichte, wie Anm. 35, 34.
- 67 Ebd., 34 f.
- 68 Wissenschaft als Stimulans. Nationalfeiertag mit neuen Ideen – Symposium eröffnet, in: Wiener Zeitung vom 28. 10. 1972.
- 69 Manfred Scheuch, Mit neuem Sinn erfüllt, in: Arbeiter-Zeitung vom 26./27. 10. 1972.
- 70 Botz, Welt, wie Anm. 32, zur Koalitions geschichtsschreibung: 55–64, zur Wissenschaftlichen Kommission: 64–70.
- 71 Vgl. 30 Jahre Zweite Republik – 20 Jahre Staatsvertrag, in: Die Republik (1975), H. 1, 22–57. Die Beiträge verfassten neben dem Redaktionsmitglied Norbert Leser (»Im Kontrast zum Staat den keiner wollte«) Gerald Stourzh (Staatsvertrag), Erika Weinzierl (Kirche, Staat, Parteien), Alois Brusatti (Wirtschaft) und Gerhard Botz (Sozialgeschichte).
- 72 Vgl. Umfrage: Haben die Österreicher aus ihrer Geschichte gelernt? Was ist die Zweite Republik ihren Bürgern schuldig geblieben?, in: ebd., 58–78.
- 73 Die 1969 gegründete Gesellschaft Pro Austria machte sich insbesondere die »Erforschung und Förderung der österreichischen Bundesstaatsidee« und die »Stärkung des österreichischen Nationalbewusstseins« zur Aufgabe. Sie stand unter Leitung von Arthur Breycha-Vauthier (Direktor der Diplomatischen Akademie), Albert Massiczek (Direktor der Bibliothek der Akademie der Bildenden Künste), Ernst Hoor und Georg Wagner und war eng mit der österreichischen Nationalbibliothek verbunden, wo 1972 ein Austriaca-Studienzentrum eingerichtet wurde, das sich insbesondere die Integration der Bundesländer zur Aufgabe machte. Vgl. Das Austriaca-Studienzentrum (ASZ) (Bundesländerzentrum), in: Die österreichische Nation 25 (1973), H. 1, 10–13; Pro Austria – Entstehung, in: ebd., 13 f.
- 74 Wagner, Österreich, wie Anm. 24.

- 75 Vgl. Franz König, Der geistige Wiederaufbau, in: ebd., 19–22; Anton Benya, Freiheit und soziale Sicherheit. Über die soziale Entwicklung der Zweiten Republik, in: ebd., 23–26; Rudolf Kirchschlager, Die österreichische Nation – Träger dieser Republik, in: ebd., 27–30.
- 76 Vgl. Wolfgang Schmitz, Der Beitrag der Wirtschaft zur Förderung des österreichischen Nationalbewußtsein, in: ebd., 176–180; Hertha Firnberg, Österreichisches Nationalbewußtsein und seine Förderung durch Forschung und Wissenschaft, in: ebd. 183 ff. Die Parteidarstellungen verfassten Norbert Leser und Ludwig Reichhold.
- 77 Für die ÖVP Reichhold, Jahre, wie Anm. 40, für die SPÖ Hannak, Weg, wie Anm. 42.
- 78 Georg Wagner, Österreich – Profil zweier Jahrtausende. Eine uralte Kontinuität mit zwei Halbzäsuren, in: ders., Österreich, wie Anm. 24, 203–361, 204.
- 79 Wagner, Österreich, wie Anm. 24, Vorsatzblatt.
- 80 Vgl. Die Ausstellung »30 Jahre 2. Republik Österreich« (23. April 1975 – 31. März 1976), in: Die österreichische Nation (1975), H. 3–6, 42–47, 46.
- 81 Ebd., 43.
- 82 Vgl. ebd., 47. Kreisky hatte die damit verbundene These von den keltischen Wurzeln Österreichs offenbar in der Folge aufgegriffen und öffentlich vertreten. Vgl. Über die Herkunft der Österreicher und ihre Neutralität, in: Die österreichische Nation (1975), H. 11–12, 122–124.
- 83 Konzeption und Leitung lagen bei Georg Wagner, der in der Nationalbibliothek eine Österreich-Abteilung aufbaute. Mitgearbeitet haben außerdem Anna Benna, Hermann Sagl und Christoph Ludwig, Exponate zur Verfügung gestellt haben insbesondere die Nationalbibliothek und das Haus-, Hof- und Staatsarchiv. Vgl. Ausstellung, wie Anm. 80, 45.
- 84 McClintock, Heaven, wie Anm. 60, 92. Vgl. auch Homi K. Bhabha, Nation and Narration, London 1991, 1; Tom Nairn, The Break-up of Britain, London 1977. Zu parallelen Zeitkonzepten von Nation und Autobiographie vgl. Johanna Gehmacher, De/Platzierungen. Zwei Nationalistinnen in der Hauptstadt des 19. Jahrhunderts. Überlegungen zu Nationalität, Geschlecht und Auto/Biographie, in: Werkstatt Geschichte 32 (2002), 6–30.
- 85 Grundlegend zur Geschichte des Deutschnationalismus Rudolf G. Ardelt, Zwischen Demokratie und Faschismus. Deutschnationales Gedankengut in Österreich 1919–1930, Wien u. Salzburg 1972.
- 86 Weinzierl, Nation, wie Anm. 14, 48.
- 87 Die österreichische Sozialdemokratie betonte in den Auseinandersetzungen um Termin und Namen des Nationalfeiertages anfangs die Orientierung an Staat und Verfassung (vgl. z. B. Fritz Klenner, Staatsbewußtsein und Staatsfeiertag, in: Die Zukunft. Sozialistische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur [März 1965], H. 6, 1 f.), schwenkte aber bald auf den Begriff Nation ein, während die FPÖ ihre Ablehnung gegenüber dem Nationalfeiertag im Gebrauch des Wortes Staatsfeiertag zum Ausdruck brachte. Vgl. Spann, Geschichte, wie Anm. 35, 31.
- 88 Vgl. Rogers Brubaker u. Frederick Cooper, Beyond »Identity«, in: Brubaker, Ethnicity, wie Anm. 26, 28–63.
- 89 Zuletzt überzeugend ausformuliert bei Oliver Marchart, der argumentiert hat, dass das österreichische (Nicht-)Verhältnis zum Nationalsozialismus als (weit über jede Verdrängung hinausgehende) »Verwerfung« zu charakterisieren wäre, die er als eine grundlegende Voraussetzung des um die Konflikte der Ersten Republik gruppierten symbolischen Dispositivs der österreichischen Gesellschaft bezeichnet. Vgl. Marchart, Gedächtnis, wie Anm. 21, 38.
- 90 Als unsystematisches, aber doch markantes Indiz dafür mag gelten, dass Ende der 1980er Jahre, als nach der internationalen Aufmerksamkeit für die Wahl des »Pflechtenerfüllers« Kurt Waldheim zum Bundespräsidenten die Abgrenzung von einer unterstellten deutschen Identität (»No – I am from Austria«) im Ausland an Identifikationswert verlor, ein Lied zum Hit werden konnte, das plakati- ver als jede Nationalhymne nationale Identität beschwor: Rainhard Fendrichs *I am from Austria*, erstmals 1989 auf der CD *Von Zeit zu Zeit* publiziert. Die letzte von mehreren Wiedereinspielungen erschien 2005 auf der der CD *So weit so gut* in programmatischer Nachbarschaft zu einer Bearbeitung von *Kein schöner Land*. In ihrem offen ausländerfeindlichen und rassistischen Wiener Gemeinderatswahlkampf 2005 setzte die FPÖ dieses Lied immer wieder propagandistisch ein. Vgl. »I Am From Austria«. Fendrich-Manager klagt FPÖ, in: Der Standard vom 1. 10. 2005.
- 91 Felix Kreissler, Nationswerdung und Trauerarbeit, in: Pelinka u. Weinzierl, Tabu, wie Anm. 32, 127–142.